



Politische Berichte

Nummer 10 / 14. Jahrgang

6. Mai 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Die IG Metall demonstriert Kompromißbereitschaft in Sachsen und erwartet ein akzeptables Ergebnis

Nach der weitgehenden Zerstörung der ostdeutschen Industrie wehren sich jetzt die wenigen verbliebenen Beschäftigten in der ostdeutschen Stahl- und Metallindustrie gegen den von dem westdeutsch dominierten Unternehmerverband Gesamtmetall ins Werk gesetzten Bruch der Tarifverträge und die diktatorischen Lohnbedingungen. Wie geplant hat die IG Metall zu Wochenbeginn mit den Streikmaßnahmen in den ostdeutschen Tarifbezirken Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern begonnen. Richtigerweise richten sich die Kampfmaßnahmen der Belegschaften zunächst hauptsächlich gegen die Betriebe mit westdeutschen Muttergesellschaften. Betroffen waren in Sachsen u. a. folgende Unternehmen: AEG Starkstromanlagen Dresden, VEM Sachsenwerk (Dresden), Spinnereimaschinenbau (Leisnig), Hegenuk GmbH (Schkeuditz), Siemens Kommunikation Leipzig. Der Streikaufruf in Mecklenburg-Vorpommern richtete sich zuallererst an die Belegschaften der zumeist privatisierten Werften. Hier übrigens ist der Abschluß von sogenannten Haustarifverträgen ebenso wahrscheinlich wie in der Stahlindustrie, deren Standorte im Tarifbezirk Berlin-Brandenburg liegen.

Ob es darüber hinaus zu Haustarifverträgen statt flächenwirksamen kommt, hängt von den Reaktionen der Kapitalisten ab. Für die IG Metall ist diese Option erklärtermaßen die Rückzugslinie. Bevor der Streik zu scheitern droht, werden die Belegschaften großer Betriebe für Haustarife streiken. Dann wäre allerdings jegliche flächenwirksame Mindestnorm dahin.

Insgesamt waren von der IG Metall für die erste Streikwelle 50 Betriebe vorgesehen, ein verhältnismäßig geringfügiger Aufstand. Auch darin wird deutlich, daß der Gewerkschaft an einem Kompromiß gelegen ist. Trotz der sehr guten Urabstimmungsergebnisse kann nicht einfach davon ausgegangen werden, daß die Streikbereitschaft über Wochen hin aufrechterhalten werden kann. Die Opfer, die die Beschäftigten auf sich zu nehmen haben, sind groß genug. Dennoch, die Belegschaften haben durch die Dokumentation ihrer Streikbereitschaft zumindest eines erreicht. Ein mögliches durch den Streik herbeigeführtes Verhandlungsergebnis wird ihren Erwartungen entsprechen müssen. Schließlich müßte ein solches Ergebnis einer zweiten Urabstimmung standhalten. Das wissen die Vertreter in der Verhandlung.

Streik für Angleichung der Lebensverhältnisse

lungskommission der IG Metall ebenso wie auf Seiten der Arbeitgeber. Viel spricht für die Erzielung eines Ergebnisses in Sachsen, nicht nur, weil Franz Steinkühler den Streikauftakt dort durch seine Anwesenheit unterstützt, sondern weil dort durch den IG Metall Bezirksleiter Hasso Düvel bereits öffentlich eingeräumt wurde, daß man die Zurücknahme der außerordentlichen Kündigung der Stufentarifverträge durch die Arbeitgeber nicht weiter zur Verbedingung möglicher Verhandlungen machen wolle. Der IG Metall-Vorstand hat des öfteren durchblicken lassen, daß Hasso Düvel für den Vollzug eines sogenannten Pilotabschlusses unterstützt wird.

Falls allerdings die Arbeitgeber nicht wesentlich über die mageren neun Prozent Gesamtvolumen hinausgehen bzw. von der stufenweisen Erhöhung auf 100 % an die Westtarife abgehen wollen, ist eine Eskalation der Streikmaßnahmen unausweichlich. Die Gewerkschaft hat für diesen Fall vorgesehen, daß über die Warnstreiks und Aktionsveranstaltungen in den anderen Tarifbezirken hinaus ab dem 10. Mai die Urabstimmung in Berlin-Brandenburg, Thüringen und in Sachsen-Anhalt beginnt. Für den 12. Mai ist dann ein bundesweiter Aktionstag vorgesehen. Unterstützungsaktionen und kurzfristige Arbeitsniederlegungen sind dann auch in den westdeutschen Tarifbezirken möglich.

Bosch: 10 000 gegen Lohnabbau

Zu einer Kundgebung vor der Konzern-Zentrale in Gerlingen bei Stuttgart versammelten sich am 26. April Bosch-Beschäftigte aus fast allen Standorten. In ihrer Resolution an die Geschäftsleitung heißt es: „Die weit über 10000 Teilnehmer ... verurteilen die von der Geschäftsführung einseitig beschlossenen und gegen den Gesamt- und Konzernbetriebsrat durchgesetzten Streichungen und Kürzungen der Personal- und Sozialleistungen auf das Entschiedenste ...“ (Bild: Aktion am 1.4.) — (rkw)



Die Streikmaßnahmen haben in Ostdeutschland große Unterstützung gefunden. Nach Umfragen unterstützen große Teile der Bevölkerung die IG Metall. Auffällig deutlich nehmen auch viele Zeitungen in Ostdeutschland Partei für die IG Metall, während die westdeutschen Presseorgane anders ausgerichtet sind. In der *Leipziger Volkszeitung* beispielsweise endete der Kommentar vom 26. April mit dem Titel „Gegenwehr“ folgendermaßen: „Ein Streik gefährdet nicht die neu entstandenen Zweigwerke großer Unternehmen aus den westlichen Bundesländern. Sie verweisen immer wieder stolz auf die häufig höhere Produktivität als in ihren Stammwerken. Selbst 26 Prozent Plus sind für sie also unbedingt bezahlbar. Es geht um die kapitalschwachen Ost-Betriebe. Weil sie durch den vereinbarten Lohnzuwachs genauso gefährdet wären wie durch den Streik, schimmern strategische Absichten bei denen durch, die sich kompromißlos geben. Wer jetzt nicht von allen guten Geistern verlassen ist, muß einen Verhandlungskompromiß suchen. Nachdem die Arbeitgeber die Kündigung des Tarifvertrages zurückgenommen haben.“

Ganz im Gegensatz dazu verlangt die großbürgerliche Presse in Westdeutschland, zum Beispiel der *FAZ*-Kommentar vom 30. April mit Berufung auf den sächsischen Ministerpräsidenten und auf

Bundespräsident Weizsäcker, daß man sich im einheitlichen Deutschland an Ungleichheiten zu gewöhnen habe: „Größere Ungleichheit der Arbeits- und damit Lebensbedingungen akzeptieren zu lernen, das könnte in der Tat eine hilfreiche Lösung für die nächsten Jahre sein. ... Was die fast zwangsläufige Bewegung zur Gleichheit anrichtet, zeigt der aktuelle Konflikt. Arbeitsbedingungen West sind das Ziel, das übers Knie gebrochen werden soll.“

Nicht nur diese Stellungnahmen, vieles andere in den letzten Wochen macht deutlich: Dieser Tarifkampf trägt auch, und zwar von Anfang an, Züge einer Aggression der westdeutschen Wirtschaftsmacht gegen die Menschen in Ostdeutschland. Namentlich die großen Konzerne wollen in ihrem Sinn endlich klare Verhältnisse in Ostdeutschland. Dazu gehören auch gefügte Belegschaften und uneingeschränkte Kontrolle des Wirtschaftsgeschehens. Wenn nunmehr einflußreiche Wirtschaftskreise in den alten Bundesländern damit beginnen, die grundgesetzlich verbrieft Verpflichtung zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im ganzen Land offen zu attackieren, ist das eine wichtige Herausforderung nicht nur für die Gewerkschaften.

Quellen: Informationsflugblätter der IG Metall, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Handelsblatt*, *Leipziger Volkszeitung* — (br)

Terrorurteil gegen Stephan Waldberg bestätigt

Zur Bestätigung des Urteils von 3 Jahren und 9 Monaten am 28.4.93 erklären Radio Dreyeckland und der Freundeskreis Stephan Waldberg: „Mit der Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils zeigt sich die Entschlossenheit des türkischen Staates, Stephan Waldberg trotz aller internationalen Proteste gegen das politische Urteil weiter als Exempel und abschreckendes Beispiel in Haft zu halten. Wir rufen die Presse und internationale Öffentlichkeit auf, sich nicht durch dieses Unrechtsurteil abschrecken zu lassen und weiterhin Vorgänge in den kurdischen Gebieten aufmerksam zu beobachten und zu veröffentlichen. Kanzler Kohl wird am 19.5. die Türkei besuchen. Wir erwarten, daß sich Kohl bei diesem Besuch für Stephans Freilassung einsetzen wird ...“. Stephan fordert die sofortige Verlegung zu den politischen Gefangenen im Izmir-Gefängnis und protestiert gegen die gemeinsame Haft mit drei türkischen Polizisten. — (mab)

13. Mai: Verabschiedung der Anti-Asyl-Gesetze?

Die Gesetzentwürfe zur de-facto-Aufhebung des Asylrechts und zur dementsprechenden Neuordnung der Asylverfahren seien „verabschiedungsreif“, meldet der Bundestags-Innenausschuß. Auch über die Liste der angeblich „sicheren Drittländer“ habe die Regierung mit der SPD „Einvernehmen“ erzielt. Die endgültigen Texte dürfen in den nächsten Tagen bekannt werden. Erwartet wird, daß am 13. Mai der Bundestag abschließend entscheidet. Für diesen Tag mobilisieren zahlreiche Organisationen (u.a. Netzwerk Friedenskooperative) zu Aktionen in der Nähe des Bundestages. Einen Antrag, für diesen Tag die „Bannmeile“ um den Bundestag aufzuheben, um Proteste in unmittelbarer Nähe des Bundestags zuzulassen, hatte die Regierungsmehrheit im Bundestag vor kurzem abgelehnt. — (rül)

20. Mai, Bonn: Kongreß der Kampagne gegen Landminen

Unter den Forderungen „Stoppt die Produktion, den Export und die Anwendung von Landminen“ findet am 20. Mai in Bonn in der niedersächsischen Landesvertretung eine Arbeitskonferenz der Kampagne gegen Landminen statt. In dem „Aufruf zu einer internationalen Kampagne“, der von medico international, Angelika Beer (Grüne), BUKO u.a. unterzeichnet ist (zu den Erstunterzeichnern gehören auch die BBU, DFG/VK München, VVN Baden-Württemberg, Andrea Lederer, Jürgen Trittin, Vera Wollenberger, Kurdistan-Komitee in der BRD, KOMKAR), heißt es:

„Die Produzenten haben Namen. In Deutschland sind es u.a. MBB, Rheinmetall, Dynamit Nobel und Diehl, die mit staatlichen Geldern Minen und Minenabwurfsysteme entwickeln und perfektionieren ... Zusammen mit Menschenrechtsgruppen, RüstungsgegnerInnen, Friedensinitiativen und Arztreorganisationen rufen wir auf zu einer internationalen Kampagne gegen die Produktion, den Export und die Anwendung von Landminen ... Die UN-Konvention von 1980, von den meisten der heute Minen produzierenden Staaten unterzeichnet, fordert die Militärs lediglich zum Schutz der Zivilbevölkerung auf, verbietet aber nicht Produktion, Proliferation oder Anwendung ... Die Forderungen der Kampagne sind:*

- * Verbot von Produktion, Export und Anwendung von Landminen im Rahmen weltweiter Abrüstung
- * Regelung von Minenräumung, Rehabilitation und Entschädigung nach dem Verursacherprinzip, sprich Produzenten, kriegsführende Parteien und Regime
- * Verpflichtung der UN-Agenturen auf vollständige Minenräumung, wozu das notwendige Instrumentarium geschaffen und nach dem Verursacherprinzip von den Verantwortlichen die nötigen Mittel bereitgestellt werden müssen.“ — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Rücktritt wegen Kleinigkeiten?

Engholm: Auf gewundenen Wegen unter die Räder gekommen

Es heißt, die Tatsache, über die Engholm durch seine unwahre Aussage die Öffentlichkeit hinwegtäuschen wollte, sei unerheblich gewesen. Eine Kleinigkeit, die nur zum Tragen kam, weil Politiker nicht lügen dürfen. Da nicht nur Private und Geschäftleute, sondern auch und gerade Politiker fortwährend sich und andere täuschen und das gesamte politische Leben bei so hohen Maßstäben erliegen müßte, kann hier irgendwas nicht stimmen. Es stimmt nicht, daß die von Engholm weggelogene Tatsache unerheblich war. Ein Rückblick.

Im Landtagswahlkampf 1987 war den Kontrahenten klar, daß es knapp zugehen würde. Barschel, amtierender Ministerpräsident, begann unter strafrechtlich relevantem Mißbrauch seiner Amtsstellung, den Oppositionskandidaten persönlich zu diskreditieren. Der Tatzumfang Barschel u.a. hatte viel von einer Verschwörung mit Zentrum Staatskanzlei. Die Taten Barschels waren so geheimhaltungsbedürftig, daß er den Tod der öffentlichen Erörterung vorzog.

Engholm war das Ziel dieser Taten. Aber Engholm war als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag keineswegs wehrlos. Engholm und Fraktion hatten viele Möglichkeiten, einen aus der Rechtsordnung getretenen Ministerpräsidenten politisch und rechtlich zu stellen. Das wäre sogar die Pflicht der Landtagsopposition gewesen. Engholm mußte Unwissenheit vorschützen, um seine Pflichtverletzung als Fraktionsvorsitzender der Opposition zu vertuschen.

Warum war es für Engholm verlockend, die Pflicht als Opposition hinzustellen? An einen Gewinn der Macht war in Schleswig-Holstein nur zu denken, wenn es gelang, breite bürgerlich denkende Schichten tief zu verunsichern. Barschel, bereits unter dem Druck von Enthüllungen, spannte in seinem öffentlichen Auftreten das Vertrauen seiner Anhängerschaft immer mehr an. Engholm trieb ihn noch in diese Richtung weiter, als ihm kaum widerlegbare Beweise über Barschels Taten bereits vorlagen. Der CDU mit Barschel gelang es dann mit

Mühe, eine bürgerliche Mehrheit im Landtag zu behaupten. Und auf diese Situation war Engholms Informationsrückhaltung berechnet, jedenfalls passend. Hätte nun Engholm im Untersuchungsausschuß im November 1987 zu treffende Auskunft über seinen Informationsstand gegeben, wäre sofort die Frage aufgekommen, wieso die Opposition das Wüten des Regierungschefs hat geschehen lassen. Die Täuschung des Vertrauens der Öffentlichkeit in Barschel wäre auch der SPD mit angelastet worden — mit gutem Grund. Deswegen war die Lüge in dieser Sache und vor dem Untersuchungsausschuß eine wichtige Grundlage für den grandiosen Wahlsieg der SPD bei den vorgezogenen Wahlen im Mai 1988. Der Wahlgewinner Engholm muß zurücktreten, weil er sich seinen Gewinn zu einem gewissen Grad erlogen hat. Hoffentlich löst sich die SPD aus dem Spiel von Handel und Gegenhandel, von Intrige und Gegenintrige und nimmt ihre Rolle als Opposition gestützt auf die Öffentlichkeit wahr. — (maf)

Aktuell in Bonn

Telefongebühren steigen weiter

Offensichtlich mit der Zielsetzung, die Telekom für künftige private Eigner noch renditebringender zu machen, bereitet der Vorstand der Telekom weitere Gebührenanhebungen vor. Die Einnahmen aus Ortsgesprächen sollen durch Verkürzung des Zeitaktes möglichst verdreifacht werden, während die — vor allem von Kapitalisten genutzten — Ferngespräche und internationalen Gespräche verbilligt werden sollen. Postminister Bötsch (CSU) will im Juni einen „Rahmen“ für die Gebührenanhebungen bekanntgeben. Der Verband der Postbenutzer hat eine Klage angedroht. Schon jetzt seien die Nettoerlöse der Telekom aus Telefongesprächen in Wirklichkeit viel zu hoch.

Bonn und der Mord an Hani

Der Mord an dem Generalsekretär der südafrikanischen KP, Chris Hani, hat eine bundesdeutsche Komponente: In Südafrika wurde der Journalist Arthur Kemp festgenommen; er soll für den Mörder die Lebensgewohnheiten Hanis auskundschaftet haben. Kemp schreibt u.a. für das bundesdeutsche Neonazi-Theorieblatt *Nation Europa*. Im April 1992 rief Kemp auf einer Veranstaltung in Coburg unter dem Beifall von 100 Teilnehmern zur Gewalt gegen Schwarze in Südafrika auf. Die Veranstaltung wurde von der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft (DSAG) mitgetragen. Im Kuratorium der DSAG sitzen u.a. die CDU-CSU-Politiker Hans Stierken (Vorsitz im Auswärtigen Ausschusses des Bundestags), Fritz Pirk (MdE), Otto von Habsburg (MdE) und Hartmut Perschau (Innenminister in Sachsen-Anhalt).

Wirtschaftsrat will Privatisierung

Für eine deutliche Beschleunigung der Privatisierung öffentlicher Unternehmen hat sich der Wirtschaftsrat der CDU ausgesprochen. Auf einer Veranstaltung der Konzernfreunde von CDU und CSU sprachen sich mehrere Sprecher für eine beschleunigte Privatisierung von Telekom, Bahn und öffentlichen Banken aus. Insbesondere Landesbanken und Sparkassen könnten „bedenkenlos privatisiert“ werden. Tatsächlich wird die Privatisierung der Sparkassen vor allem die Kontrolle der Kapitalisten über die kommunalen Haushalte verstärken, sind doch die Sparkassen bisher wichtige Kreditgeber der Kommunen und von diesen kontrolliert. Auf diesem Weg würden also die großen Konzerne noch unmittelbar auf Entscheidungen kommunaler Vertretungen Druck in ihrem Sinne ausüben können.

Entschädigung für Neonazi-Opfer?

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des „Opferentschädigungsgesetzes“ eingebracht. Die nach dem geltenden Gesetz gewährten Entschädigungen für „Opfer von Gewalttaten“ sollen künftig auch an

Opfer ausländischer Nationalität gezahlt werden. Anlaß ist der Fall eines ausländischen Mädchens, das vor Monaten bei einem faschistischen Brandanschlag schwere Brandverletzungen erlitt und keine staatliche Entschädigung erhielt. Sowohl die SPD wie Arbeitsminister Blüm als Vorsitzender der NRW-CDU hatten danach erklärt, sich für eine Gesetzesänderung einzusetzen zu wollen.

Doppelte Staatsangehörigkeit: Streit

Am 28. April hat der Bundestag in erster Lesung über den von der SPD vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Staatsangehörigenrechts beraten. Inhalt ist die Erleichterung der doppelten Staatsbürgerschaft und die teilweise Abkehr vom völkisch-reaktionären „Blutrecht“ zum „Territorialprinzip“. Sprecher von SPD, FDP, PDS und Bündnis 90 unterstützten dies, während die Union dagegen auftrat. Bundesinnenminister Seiers kündigte einen eigenen Entwurf zur Reform des Staatsangehörigenrechts an, der am Blutrecht festhalten werde. Das „Referendum Doppelte Staatsangehörigkeit“ berichtet, bisher 250000 Unterschriften für seine Forderungen gesammelt zu haben.

Weniger Umschülergeld

Am 26. April haben sich Vertreter von FDP und Union auf eine Kürzung des Unterhaltsgelds für Umschüler geeinigt. Wie die Kürzung im einzelnen ausfallen soll, ist noch nicht bekannt. Angeblich soll durch die Neufassung 1 Mrd. DM jährlich „eingespart“ werden, d.h. den Umschülern weniger gezahlt werden. Bisher erhalten Umschüler/innen ein Unterhaltsgeld nur wenig über dem Arbeitslosengeld plus evtl. Zulagen.

Streit um Geldwäschegegesetz

Die für den 29. April geplante Schlussabstimmung im Bundestag über das sogenannte „Geldwäschegegesetz“ ist wieder abgesetzt worden. Hintergrund ist ein Streit zwischen den Regierungsparteien. Die FDP, aber auch Rechtsexperten der Union hatten verlangt, daß Zahlungen von Anwälten, Notaren, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern nicht identifiziert werden dürfen. Tatsächlich ermöglicht das Gesetz unter dem Vorwand der „Kriminalitätsbekämpfung“ eine fast totalitäre Kontrolle aller größeren Geldbewegungen durch den Staatsapparat und die als vorgelagerter Staatsapparat agierenden Banken. Dagegen hatten SPD und Teile der Union, angeführt von Fraktionschef Schäuble, protestiert. Das Gesetz werde so unwirksam, Anwälte könnten als „Strohmänner“ illegale Geschäfte vermitteln. FDP und Union wollen nun neu beraten und in 14 Tagen eine Schlussfassung vorlegen.

Was kommt demnächst?

Am 7. Mai berät der Bundesrat abschließend über die neuen Asylgesetze, am 13. Mai der Bundestag. Vorher, am 9./10. Mai, kommt der kanadische Premier Mulroney nach Bonn. Mitte Mai findet in Leipzig der „Vereinigungsparitag“ der Grünen in Leipzig statt. Am 11. Juni ist FDP-Bundesparteitag, Graf Lambsdorff tritt als Parteivorsitzender ab.

Bonner „Anti-Krisen“-Pläne: weniger Lohnfortzahlung, Unterhaltsgeld usw.

Am 14. Mai wird der „Arbeitskreis Steuerschätzung“ seine neuen Zahlen über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Jahr und die Erwartungen für die nächsten Jahre vorlegen. Schon jetzt steht fest, daß die neuen Zahlen erheblich unter den bisher für den Haushaltswolzug von Bund, Ländern und Kommunen liegenden Zahlen liegen werden. Noch im Jahreswirtschaftsbericht Anfang dieses Jahres hatte die Bundesregierung ein minimales Wachstum der Umsätze der Kapitalisten erwartet — ca. 0,5 bis 1 % Anstieg des Bruttonsozialprodukts hieß es damals, und: in der zweiten Hälfte des Jahres werde es mit Produktion und Verkauf wieder „bergauf“ gehen. Davon ist inzwischen keine Rede mehr, allgemein wird ein weiterer Rückgang der Produktion bis Jahresende um durchschnittlich 2 Prozent erwartet, in einzelnen Branchen wie Automobil gab es im ersten Quartal sogar einen Verkaufsrückgang um bis zu 25 %. Entsprechend werden die neuen Zahlen der Steuerschätzung aussehen: Für den Bund steigt das laufende Haushaltsdefizit auf 70 Mrd. DM, bei Ländern und Kommunen werden die Einnahmen ebenfalls erheblich niedriger ausfallen als noch vor kurzem erwartet.

Die Kapitalisten und ihre Sprecher in Verbänden und Regierungsparteien haben deshalb parallel zur Kündigung der Metall- und Stahltarife im Osten ihre Hetze gegen Ansprüche der Lohnabhängigen erheblich verstärkt. In den Konzernvorständen betrachtet man die Überproduktionskrise vor allem als Gelegenheit für eine weitere Verschiebung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu Lasten der Lohnabhängigen, für eine weitere Konzentration des Reichtums in den Händen der ohnehin Reichen. Das sich rasch weiter ausbreitende Elend der Arbeiter im Osten Europas stachelt die Angriffslust der Kapitalisten dabei zusätzlich an.

Auf die Gewerkschaften kommen damit neue, schwere Abwehrkämpfe zu — Abwehrkämpfe, die sie weiterhin ohne parlamentarische Unterstützung führen müssen, denn die SPD fällt als Opposition gegen diesen Regierungskurs völlig aus. Hier eine Übersicht über die politischen Vorstöße von Kapitalisten und Regierungsparteien in den letzten 14 Tagen.

Pflegeversicherung, Lohnfortzahlung
Am 21.4. deutete Wirtschaftsminister Rexrodt (FDP) auf einem „Wirtschaftsforum“ des Kapitalistenblatts *Handelsblatt* die Bereitschaft der FDP an, zugunsten der Kapitalisten evtl. das Inkrafttreten der Pflegeversicherung auch ganz zu verhindern. Auf dem gleichen Forum forderte BDI-Chef Necker, die Regierung müsse zu „lean government“, einer „schlanken Regierung“, übergehen. „Ansatzpunkte hierfür gebe

es in einer Reform der Lohnfortzahlung nach schwedischem Vorbild, in risiko-abhängig gestaffelten Arbeitslosen- und Krankenversicherungsbeiträgen sowie in der Privatisierung von Telekommunikation und Bahn.“ Dresdner-Bank-Chef Röller war zufrieden: „Ich wünsche mir, daß das, was hier gesagt wurde, auch umgesetzt wird.“

Am 26.4. meldete das *Handelsblatt* mit zynischer Brutalität, Kanzler Kohl plane „ein neues Schwarze-Peter-Spiel“. Sobald die Tarifauseinandersetzung wegen der Metalltarife im Osten beendet sei, solle Blüm sein Gesetz zur Pflegeversicherung vorlegen. Inhalt: Verknüpfung der Pflegeversicherung mit drastischen Eingriffen in die Lohnfortzahlung. Dagegen würden SPD und Gewerkschaften Sturm laufen. Wenn dann das Gesetz scheiterte, könne man sagen: Pflegeversicherung kommt nicht, weil die Gewerkschaften an „Besitzständen“ festhalten. FDP und Kapitalisten seien so fein raus.

Am 29.4. trug dann der neue wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs, weitere Einzelheiten vor: die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall solle in den ersten zehn Tagen auf 80 % bis 85 % verringert werden.

Arbeitsamt, Unterhaltsgeld

Zweiter Angriffspunkt der Regierung soll offenbar das Unterhaltsgeld für Umschüler werden. Hier hatten schon vor einigen Tagen Fraktionschef Schäuble und Kanzleramtsminister Bohl angekündigt, man werde das Unterhaltsgeld für Umschüler (derzeit etwa so hoch wie das Arbeitslosengeld) verringern. Am 29. April forderte Kurt Falthäuser, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, auf einer Veranstaltung des CDU-Wirtschaftsrats eine generelle Kürzung der Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit um mindestens 5 Mrd. DM pro Jahr. Bei einem Haushalt von 100 Mrd. DM müsse dies durch „Einsparungen“ möglich sein. Am gleichen Tag trug der schon erwähnte Wirtschaftsprecher der Union, Haung, vor, daß es mit der Kürzung des Unterhaltsgelds womöglich nicht getan sein wird: Man müsse, so Haung, das Unterhaltsgeld durch eine Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes von einer „Muß“- in eine „Kann“-Vorschrift umwandeln. Mit anderen Worten: Wenn die Kapitalisten künftig Lohnabhängige feuern, weil deren Qualifikation nicht mehr zu der neuen Maschinerie paßt, sollen die Lohnabhängigen künftig sich auf eigene Kosten für die neue Maschine „qualifizieren“. Die Möglichkeiten für die Kapitalisten, durch betriebliche Qualifizierung zu „belohnen“ (und umgekehrt zu strafen), werden so noch einmal erheblich ausgeweitet.

Drittens zeichnet sich eine Änderung des sowieso die Reichen und Kapitali-

sten schon erheblich begünstigende „Standortsicherungsgesetzes“ ab. Dieses Gesetz sieht bisher schon massive Senkungen der Erbschaftssteuer und der Spitzensätze der Einkommens- und Kapitalsteuer vor, die angeblich „ausgeglichen“ werden sollten durch eine Verringerung der jährlichen Abschreibungssätze. Tatsächlich bedeutet schon diese Konstruktion in Wirklichkeit eine Steuersenkung für die Kapitalisten, die nur durch eine einmalige zeitliche Vorziehung von Steuerzahlungen kaschiert werden sollte. Selbst diese Konstruktion wollen die Kapitalisten jetzt zu Fall bringen. Die Senkungen bei der Erbschaftssteuer und bei den Spitzensatzsteuern müßten bleiben, die extrem günstigen Abschreibungssätze auch, fordern sie.

Arbeitszeitverlängerungen

Zu erwarten ist, daß erste Gesetze für diese neuen Zumutungen noch vor der Sommerpause des Bundestags vorgelegt werden, d.h. im Mai und Juni. Spätestens im Herbst, bei der Beratung über den Bundeshaushalt 1994, will Kohl daran ein allgemeines „Standortsicherungspaket“ schnüren. Eine Gruppe von Ministerialbeamten soll bis dahin noch weitere Punkte nachtragen. Die Rede ist von einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit im öffentlichen Dienst — zurück zur 40-Stunden-Woche — und einer Anhebung des Rentalters, beides evtl. beginnend bei den Beamten.

Krankenversicherungsschutz

Auch hier werden weitere Einschränkungen im Versicherungsschutz vorbereitet. Fraktionschef Schäuble hat bereits das Stichwort geliefert: Eine „zweite Gesundheitsreform“ müsse stattfinden, die „Eigenbeteiligung“ der Kranken an den Kosten ihrer Behandlung müsse weiter steigen. Hier hat Gesundheitsminister Seehofer bereits vor einiger Zeit ein neues Gutachten von „Sachverständigen“ angefordert, das ebenfalls im Herbst vorliegen soll.

Privatisierung

Schließlich soll die Privatisierung öffentlicher Betriebe beschleunigt werden. Auf einer Veranstaltung des „CDU-Wirtschaftsrats“ wurden als nächstes zu privatisierende Unternehmen genannt: Telekom, Bundesbahn, Lufthansa, öffentliche Banken und Sparkassen. Auf diese Weise wollen sich die Kapitalisten weitere lukrative Bereiche des öffentlichen Dienstes unter den Nagel reißen und Ansprüche auf öffentliche Leistungen verringern, während zugleich die Widerstandsmöglichkeiten der verbleibenden Belegschaften des öffentlichen Dienstes noch weiter eingeschränkt werden.

Quellen: *Handelsblatt*, Ausgaben 23.4. bis 3.5.93 — (rül)

Kommen die Republikaner schon vor den Wahlen in den Bundestag?

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Krause aus Sachsen-Anhalt hat mit Schönhuber einen festen Gedankenaustausch vereinbart. Krause habe laut Schönhuber die Republikaner als „möglichen demokratischen Kristallisierungspunkt konservativer und nationaler Kräfte“ bezeichnet (1). Krause hatte vor Wochen mit seinen deutsch-nationalen Thesen für öffentliches Aufsehen gesorgt. Der CDU-Landesvorstand Sachsen-Anhalt hat gegen ihn ein Ausschlußverfahren angestrengt. In der CDU-Bundestagsfraktion soll er nach Angaben der Presse „kaltgestellt“ sein, andererseits wurde wiederum vom Sprecher der CDU-Parlamentarier in Bonn, R. Krziskowitz, behauptet, Krause sei „manipuliert“ und würde die „Folgen seines Handelns nicht überblicken“. Sollte Krause aus der Union ausgeschlossen werden und zu den „Republikanern“ übertragen, dann wären diese im Bundestag.

Krause weiß sehr wohl, was er tut. Er ist auch Mitglied des „Deutschlandforums“, einer Gruppierung, in der sich rechte, konservative und reaktionäre CDU- und CSU-Politiker zusammenge-

schlossen haben. Diese Vereinigung wird innerhalb der CDU akzeptiert. Kohl und der Generalsekretär Hintze forderten den Führer des Forums, Claus Jäger (MdB), reichlich spät am 20.4. auf, daß sich die Gruppierung von Krauses „Deutschlandpolitischen Gedanken“ distanzieren solle (2).

Grundlage für die Politik des „Deutschland-Forums“ sind 20 „Grundsatzforderungen an die Union“ ein Papier, daß inhaltlich und ideologisch bewußt einen Bogen zu den Republikanern schlägt. Der Grundgedanke ist der: Eine Bekämpfung der Republikaner und DVU ist nur möglich, wenn „die Defizite, die bei der Vertretung konservativer Themen in den vergangenen Jahren aufgelaufen sind“, beseitigt werden. Die CDU habe schon einmal national-konservative Programmatik in den 60er und 70er Jahren aufnehmen können. Gerade wenn sich die großen Parteien verkleinern, sei dies besonders wichtig (3).

Die inhaltlichen Forderungen des Deutschlandforums greifen inhaltliche Positionen von Faschisten auf. Sehr deutlich wird dies in der Forderung 5: „Als Konervative plädieren wir für

längerfristiges Denken in der Politik und widersetzen uns Zugeständnissen an den Zeitgeist. Das Deutschland-Forum lehnt heute und in Zukunft einen „Grundwert Gleichheit“ im Programm der CDU oder CSU ab.“

Die Faschisten sagen das deutlicher. Jedem das seine. Gegen diese Propaganda der „Ungleichheit“ wäre ein breiter Kritikbewegung nötig. Hier wäre auch der Ansatzpunkt zu Versuchen, eine Spaltung ins rechte Lager zu treiben. Da diese Frage bei der CDU-Diskussion ein neues Grundsatzprogramm umstritten ist. In den weiteren Grundsatzforderungen des „Deutschlandforums“ werden dann Positionen umschrieben, die die Republikaner ähnlich vertreten. z.B. in der Europafrage. Deutschland soll in einem vereinigten Europa ein souveränes Völkerrechtssubjekt bleiben. Für den § 218, gegen Ansprüche denken und für die Förderung der vertriebenenverbände sind weitere Forderungen des „Deutschlandforums“

Quellen: (1) *Frankfurter Rundschau*, 23.4. CDU-Pressenmitteilung vom 20.4. (2) Christlich-Konservatives Deutschland-Grundsatzforderungen an die Union —



Mit seinem Vorschlag, einen „zweiten Arbeitsmarkt“ mit untertariflichen Löhnen auszubauen, hat der Ex-SPD-Vorsitzende Engholm sich vor seinem Rücktritt noch mit Union und Gewerkschaften angelegt. Während Unionssprecher kritisierten, Engholm wolle die „Differenzierung der Löhne“ blockieren (indem er den Fall der unteren Löhne abbremst?) kritisierte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer in einem Brief an Engholm, mit solchen Plänen arbeite er den wirtschaftsliberalen Deregulierungsplänen direkt in die Hände. Bild: af/mz.

Die BRD wird Kriegsmacht — Beiträge zum Widerstand von PDS, Grüne, DFG/VK — und ein Vorstoß der Union

Grüne Aktivitäten gegen die ausufernden Bundeswehreinsätze im Ausland

„Die vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands ist die notwendige Konsequenz aus der deutschen Geschichte ... Es geht nicht um eine neue Rechtfertigung für das Militär, sondern um seine Abschaffung ... Wir machen daher die völlige Entmilitarisierung Deutschlands zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit im gesamtdeutschen Parlament“ — so trat „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ mit seiner ersten Wahlplattform zur ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 vor die Wähler und WählerInnen.

Die Umsetzung dieser Ziele blieb den Westgrünen, die die 5%-Hürde nicht übersprangen, vorenthalten. Ein Sinneswandel der 9-köpfigen Bundestagsfraktion, die sich aus Mitgliedern der GRÜNEN Ost, Bündnis 90, Unabhängigem Frauenverband und Neuem Forum zusammensetzt, ließ nicht lange auf sich warten. Sie hat im Juli und November 92 Anträge in den Bundestag eingebracht, die auf ein innerparteiliches Spannungsfeld hinweisen. Unter der Überschrift „Für eine Zivilisierung internationaler Beziehungen — Politik nicht-militärischer Konfliktlösung“ (Juli 92) vollzog die Mehrheit der Bundestagsgruppe eine 180-Grad-Wende, spricht dem Bund das grundsätzliche Recht zur Aufstellung von Streitkräften zu und fordert die Zustimmung zur Beteiligung der Bundeswehr an Blauhelm-Missionen.

Kurz vor der endgültigen Vereinigung beider Parteien auf der Mai-BDK in Leipzig liegen die Positionen weit auseinander, verdeutlicht durch die unterschiedlichen Forderungen beider Parteispitzengremien, ob mit nichtmilitärischen oder militärischen Mitteln auf den Krieg in Bosnien-Herzegowina zu reagieren sei. Während der Bundestagsabstimmung zum Antrag auf Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien erwähnt die FAZ beiläufig am 22. April 1993: „Ebenfalls zustimmend votierten ein großer Teil der SPD-Bundestagsfraktion sowie führender Abgeordneter des Bündnis 90.“

Dies mag einer der Gründe sein, warum in der öffentlichen Debatte, die fast ausnahmslos von FAZ bis TAZ die deutsche Bevölkerung auf eine neue internationale Verantwortung einschwören will und Souveränität mit Bereitschaft zur weltweiten Kriegsführung verwechselt, die Stimmen aus Facharbeitsgremien der GRÜNEN oder des Bundesvorstandes nicht zum Tragen kommen. Eine Hand-

voll GRÜNE, die sich nicht der innerparteilichen Debatte stellen wollten, sondern es vorzogen, das billige Mittel des Tabu-Bruches via Talk-show und Spiegel-Interview zu benutzen, um mit ihren Forderungen die militärische Intervention gegen „die Serben“ und Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu gelangen. Sie schafften es, nach außen ein Bild der GRÜNEN zu vermitteln, das von Stellungnahmen des christdemokratischen moralisch empörten Stefan Schwarz und dem NATO-Generalsekretär Wörner, der die Wiederbelebung der NATO wittert, sowie anderen nicht mehr zu unterscheiden war.

Wie auch von einer überwältigenden Mehrheit des Länderrats im März 1993 beschlossen (siehe *Politische Berichte* vom 25.3.), widersetzen sich DIE GRÜNEN der Militarisierung deutscher Außenpolitik. Wir wollen nicht eine Verfassungsklarstellung, um nachträglich den längst vollzogenen Verfassungsbruch zu legalisieren. Sondern wir streiten für eine politische Mehrheit in diesem Land — Verfassung hin, Verfassung her —, die sich mit allen Mitteln einschließlich des zivilen Widerstandes gegen weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr zur Wehr setzt.

Der aus CDU/CSU stammende Vorschlag zur Änderung der Gelöbnisformel ist aus deren Sicht nur konsequent. Eine Armee, die den strukturellen Wandel von einer sogenannten „Verteidigungsarmee“ hin zu einer interventionsfähigen schnellen Eingreiftruppe längst vollzieht, sollte dies auch offensiv vertreten. Diejenigen, die schwören oder geloben, würden bei Beibehaltung der geltenden Formel schon beim Handhaben den Bruch des Gelöbnisses beglaubigen. Die Modernisierungsbefürworter des Gelöbnisses werden allerdings mit dem Widerspruch des Verteidigungs- und Außenministeriums zu rechnen haben, Schließlich wäre eine solche Änderung für jeden, der diesen Eid geleistet hat, Anlaß, nun den Helm endgültig niedzulegen.

Zurück zu Grün-, Blau- oder Stahlhelmen. Der in Ex-Jugoslawien tobende Krieg, das Versagen der internationalen Gemeinschaft, die Nichtbereitschaft, rechtzeitig politisch deeskalierende Schritte zu gehen, nicht-militärische Maßnahmen umzusetzen und den Flüchtlingen vorbehaltlos die Grenzen zu öffnen, macht sich nun zum Ankläger

gegen die Friedensbewegung. Trotzdem oder gerade deshalb lassen sich die meisten GRÜNEN nicht von Differenzen der zukünftigen Gesamtpartei Bündnis 90/DIE GRÜNEN irreführen. Zahlreiche Aktivitäten grüner Kreis- und Ortsverbände unterstützen die Friedensbewegung im früheren Jugoslawien, organisieren örtliche Initiativen im Rahmen der Kampagne „Den Winter überleben“ bzw. nun „Den Krieg überleben“. Neue Landesarbeitsgemeinschaften Frieden/Internationalismus/Europapolitik sind in der Gründungsphase, zusammen mit Gruppen der DFG/VK werden neue Beratungskreise zur Kriegsdienstverweigerungsberatung gegründet. Grüne Mitglieder unterstützen auch in diesem Jahr die Ostermarsche, die sich gegen die weitere Militarisierung und den Verfassungsputsch in Bonn aussprachen. Wir lassen uns nicht auf die Lügegebäude internationaler humanitärer Hilfe ein, die die Bundesregierung meint, nur mit Soldaten umsetzen zu können. Wir demonstrieren dort, wo es einen Sinn macht. Gegen den Tiefflug in den alten Bundesländern, gegen die Stationierung der Schnellen Eingreiftruppe in Ostwestfalen, gegen die Lieferungen der im schleswig-holsteinischen Leck stationierten Phantom-Jäger, die zur Übergabe an den NATO-Partner Türkei beitreten.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden/Internationales rief im November 1992 zusammen mit vielen anderen Gruppen und Initiativen zu einer Demonstration anlässlich des SPD-Parteitages auf gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik und die Ab-

schaffung des Grundrechtes auf Asyl! Die Worte Engholms auf dem SPD-Parteitag in Bremen: „Wer es wagt, von diesen Beschlüssen des SPD-Parteitages abzuweichen, ist politisch tot“, setzt er seit der Petersberger Wende selbst um.

Mit den sich jeweils nach dem Wind drehenden Äußerungen Engholms gefährdet er als SPD-Vorsitzender die Bildung einer gesellschaftlichen Mehrheit, die durch eine Wahlentscheidung in den bevorstehenden Europa-, Bundes- und Landtagswahlen der CDU/CSU/FDP das Zepter aus der Hand nimmt. Je weiter sich die SPD in eine faktische große Koalition einbinden lässt, um so schwieriger wird ein Wechsel — und eine Revision jetziger Entscheidungen — anzupacken sein.

Es wird Aufgabe der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN sein, diesem Sog der

falsch verstandenen Souveränität, dem Abschotten Europas gegen die südliche Weltalbkugel und der weiteren Umverteilung von unten nach oben eine klare Absage zu erteilen, um eine glaubwürdige Alternative anzubieten. Es gibt politische Parteien wie z.B. das NEUE FORUM, die klare, antimilitärische, friedenspolitische Positionen formuliert haben. Sie müssen Bündnispartner sein im gemeinsamen Bemühen, den deut-schen Eskalationskurs zu stoppen.

Unser Protest gegen die Grundgesetzänderung des Artikels 16 und 24 geht einher mit einer Positionsbestimmung einer Weltfriedens- und Weltinnenpolitik, die mit der Neuetablierung des Krieges als Mittel der Politik unvereinbar ist.

— (Angelika Beer, Mitglied im Bundesvorstand DIE GRÜNEN)

Neuer Soldateneid für Militäreinsätze weltweit

Am 23.4. versandte das Büro des CSU-Bundestagsabgeordneten Norbert Geis den folgenden Pressebericht (Auszüge): Die Gelöbnisformel ... soll ... geändert werden ... Nach den Worten des Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Bundestages, Horst Eymann (CDU), muß die Gelöbnisformel „möglichst eindeutig“ sein. Man müsse deshalb darüber nachdenken, ob der jetzige Text nicht geändert werden müsse. Insbesondere Zeit- und Berufssoldaten müßten sich künftig darauf einstellen, im Notfall nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch Humanität und Menschenrechte „überall in der Welt“ zu verteidigen, sagte Eymann. Der rechtspolitische Sprecher der CDU-CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis, machte sogar einen konkreten Formulierungsvorschlag. Danach sollte die Eidesformel für Freiwillige durch

den Zusatz ergänzt werden: „Ich schwöre, Recht und Freiheit anderer Völker dort zu verteidigen, wo sie in Gefahr sind.“ Der jetzige Text sei überholt, weil er aus einer Zeit stamme, als die Bundeswehr einen reinen Verteidigungsauflauf hatte, äußerte der CSU-Politiker. Auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Hans Sterken, will ein solches Anliegen unterstützen, wenn eine Änderung der Gelöbnisformel dazu beitrage, „der Truppe Klarheit über ihre künftigen Aufgaben zu verschaffen“. Wenn der Staat die künftigen Einsätze der Bundeswehr auf eine solide verfassungsrechtliche Grundlage gestellt habe, dann sollten die neuen Pflichten auch in die Angelobung der Soldaten mit einbezogen werden, betonte der CDU-Politiker. Der derzeitige Text der Formel lautet: „Ich gelobe (bei Zeit- und Berufssoldaten: schwöre), der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Ehre des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ ...

Die PDS/LL im Bundestag zu den Interventionsplänen der Regierung

„Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU hat heute gesagt, die Frage der Fragen bestehe darin, Frieden und Freiheit für unser Land zu sichern — wörtlich; ich habe es mitgeschrieben. Wir diskutieren darüber, daß die deutsche Bundeswehr in Somalia, in Ex-Jugoslawien und in Kambodscha eingesetzt werden soll. Ich wette, die nächste Debatte über einen militärischen Einsatz führen wir zum Thema Kambodscha. Wenn das Friedens- und Freiheitssicherung für Deutschland bedeuten soll, dann muß ich sagen: Das ist nichts anderes als Militarisierung der Außenpolitik, und zwar in einem erschreckenden Ausmaß ... In der Tat geht es darum, daß ein gesellschaftlicher Konsens aufgebrochen wird, der 40 Jahre lang bestanden hat und die Lehre aus der Tatsache zog, daß zwei Weltkriege von diesem Land ausgingen. Der Konsens lautete: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen ... Es muß in diesem Zusammenhang noch einmal an den Entwurf der Regierungskoalition zur Grundgesetzänderung erinnert werden; denn er sieht vor, bei militärischen Pakten mit nur einem einzigen Bündnispartner auf Er-suchen oder im Einvernehmen loszumarschieren und nicht nur unter dem Dach der UNO — ehemals Ziffer 3 ihres Entwurfs, jetzt Ziffer 4 ...“

(Andrea Lederer am 21.4. im Bundestag)

Anträge der Gruppe PDS/LL zur Bundestagsdebatte am 21.4.

I

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Teilnahme von Bundeswehrsoldaten am NATO-Einsatz in Bosnien-Herzegowina umgehend zu beenden.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, keine Bundeswehreinheiten nach Somalia zu entsenden.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sämtliches militärisches Personal aus Kambodscha abzuziehen und durch zivile Kräfte zu ersetzen.
4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, gegenüber den Vereinten Nationen

zu erklären, daß eine Unterstützung von Friedensbemühungen der UN durch die Bundesrepublik Deutschland ausschließlich nichtmilitärischer Natur sein kann, und daß sie bereit ist, eine solche Unterstützung in weit größerem Umfang als bisher zu gewähren.

5. Der Bundestag hält die Ausweitung der nichtmilitärischen, humanitären, materiellen und finanziellen Hilfen für die Bürgerkriegsopfer in Bosnien-Herzegowina und für Somalia für dringend notwendig und fordert die Bundesregierung auf, dementsprechende Maßnahmen im Rahmen der UN einzuleiten.

Bonn, den 20. April 1993

Andrea Lederer und Gruppe

Begründung:

Mit der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an militärischen Aktionen im Rahmen internationaler Organisationen wird derzeit eine Umorientierung der deutschen Außenpolitik vollzogen, die auf den Einsatz des Militärs als außenpolitisches Mittel hinausläuft. Militärische Interessendurchsetzung und Interventionismus sollen Normalität werden. Dies kommt einer praktischen Aushöhlung des bisherigen gesellschaftlichen und politischen Konsenses gleich, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf.

Überdies ist eine Teilnahme an solchen Aktionen durch das Grundgesetz nicht gedeckt. Die im Grundgesetz festgeschriebene militärische Selbstbeschränkung war die Lehre aus den beiden durch Deutschland ausgelösten Weltkriegen in diesem Jahrhundert. Der daraus erwachsenen besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für den Frieden will sich die Bundesregierung durch die Beteiligung an solchen Aktionen schrittweise entledigen.

Die Teilnahme an diesen Aktionen und die Aktionen selbst entsprechen weder den bestehenden Bündnisverträgen, die z.B. im Falle der NATO sowohl das Einsatzgebiet (Mitgliedstaaten) als auch den Zweck (Verteidigung gegen Angriff auf Mitgliedstaaten) festgeschrieben, noch

sind sie durch die UN-Charta zwingend vorgeschrieben. Jeder souveräne Staat, jedes UN-Mitglied hat die Möglichkeit, sich an solchen Aktionen nicht zu beteiligen. Rein rechtlich müßten vor einer deutschen Beteiligung an diesen Einsätzen zumindest das Grundgesetz geändert, die Bündnisverträge verändert und durch den Bundestag ratifiziert sowie ein Sonderabkommen mit den UN abgeschlossen werden.

Politisch und moralisch bleibt die Verpflichtung deutscher Politik zu militärischer Zurückhaltung und Selbstbeschränkung, zu nichtmilitärischer Konfliktbeilegung und humanitärer Unterstützungsleistung bestehen.

II.

Der Bundestag wolle beschließen: In der Überzeugung, daß humanitäre Hilfe und technische Aufbauhilfe am sinnvollsten, effektivsten und unverfälschlich über dafür geeignete und damit erfahrene Institutionen und Organisationen geleistet werden kann, nicht aber durch militärische Einrichtungen und militärische Aktionen, beschließt der Bundestag, daß er auf einer seiner nächsten Sitzungen eine Änderung des Haushalts für das laufende Jahr debattieren will.

Diese Haushaltänderung soll beabsichtigen, die finanziellen Mittel, die die Bundesregierung einsetzen will, um als humanitäre Hilfe oder technische Aufbauhilfe deklarierte Einsätze der Bundeswehr in verschiedenen Regionen der Welt durchzuführen, aus dem Verteidigungshaushalt auszugliedern und zivilen Organisationen zur Durchführung dieser Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Die Bundesregierung wird aus diesem Grunde aufgefordert, dem Bundestag schnellstmöglich eine Übersicht vorzulegen, in welchem Umfang — den bisherigen Planungen der Bundesregierung für internationale Einsätze der Bundeswehr entsprechend — Mittel des Verteidigungshaushaltes umgewidmet werden können.

Bonn, den 21. April 1993

Andrea Lederer und Gruppe

DFG/VK: Appell an den Deutschen Bundestag

Die Deutsche Friedensgesellschaft, Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) hat einen „Appell an den Deutschen Bundestag“ herausgegeben, für den Unterzeichner gesucht werden:

Deutsche in den Krieg?

Betr. Bundeswehr

Täuschen und Tarnen — mit dieser Taktik will die Bundesregierung die Bevölkerung wieder schleichend an Krieg gewöhnen.

Beispiel Somalia: 1640 Bundeswehrsoldaten werden nach Somalia geschickt werden. Angeblich handelt es sich dabei um einen „rein humanitären Einsatz“. Daß die Somalia-Expedition schnell zum Kampfeinsatz werden könnte, wird verschwiegen.

Worum geht es der Bundesregierung wirklich? Sie will die Möglichkeit weltweiter deutscher Kampfeinsätze — ohne jede Einschränkung. Die Umstrukturierung der Bundeswehr in eine offensive Armee mit schnellen Eingreiftruppen ist schon in vollem Gange.

Deutsche Soldaten sollen wieder töten und sich töten lassen — für die Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Interessen.

Krieg soll wieder als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ angesehen

werden, und nicht als das, was er tatsächlich ist: ein Verbrechen an der Menschheit.

Wir empfehlen deshalb allen Soldaten und Reservisten: Verweigert heute den Kriegsdienst, damit ihr nicht morgen deutscht werden müßt.

Alle Bürgerinnen und Bürger, die für eine friedliche und gewaltfreie deutsche Außenpolitik eintreten, fordern wir auf: Entzieht den Gewalt- und KriegsbefürworterInnen in Regierung und Parlament das Vertrauen. Unterstützt den Appell an den Deutschen Bundestag:

Bundeswehr in alle Welt? —

Wir sagen NEIN!

Ich appelliere an den Bundestag, jede Erweiterung des Einsatzgebietes und Auftrags der Bundeswehr ohne Wenn und Aber abzulehnen!

Erstunterzeichner sind u.a.: Dr. Andreas Buro (Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie), Dieter Hildebrandt (Kabarettist), Oberstleutnant Helmut Prieß (Sprecher des Darmstädter Signals), Dorothee Sölle (Theologin), Gerhard Zwerenz (Schriftsteller) Quelle: DFG/VK Baden-Württemberg, Boeckhstr. 13, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 0721/814067, Fax 0721/813178

Die Redaktion der *Politischen Berichte* wurde gebeten, auf den Fall des seit 1988 in den USA inhaftierten Gewerkschafters Mark Curtis aufmerksam zu machen und zur Unterstützung des Mark Curtis Verteidigungskomitees aufzurufen. Wir veröffentlichen im folgenden das uns zur Verfügung gestellte Informationsmaterial.

Wer ist Mark Curtis?

Mark Curtis war Arbeiter in der Fleischfabrik von Swift in Des Moines im US-Bundesstaat Iowa, bis er am 4. März 1988 verhaftet wurde. Er war ein aktives Mitglied in der Abteilung 431 der Gewerkschaft UFCW (United Food and Commercial Workers Union — Gewerkschaft Nahrungsmittelindustrie und Handel). Er bemühte sich um die Einheit der Arbeiter in der Fleischindustrie sowohl für die Verteidigung der Rechte der Arbeitsimmigranten aus Lateinamerika und Asien als auch gegen die Kampagne der Unternehmer für niedrigere Löhne, höheres Arbeitstempo und immer gefährlichere Arbeitsbedingungen.

Die Fleischindustrie wurde im vergangenen Jahrzehnt derart umstrukturiert, daß Arbeit in den Fleischfabriken als einer der gefährlichsten Arbeitsplätze in Nordamerika betrachtet wird. Jedes Jahr werden ein Drittel der Fleischarbeiter — 58000 Leute — durch einen Arbeitsunfall verletzt. Die Regierung hat die Fleischfabriken mit Millionen US-Dollar an Bußgeldern belegt.

Von 1969 bis 1983 sind mehr als 1200 Fleischfabriken geschlossen worden, während durch höheres Arbeitstempo und Automatisierung die Produktion um 24 % gesteigert wurde. In einigen Fabriken wurde die Zahl der pro Stunde geschlachteten Rinder von 125 auf mehr als 400 gesteigert.

Die Löhne in der Branche wurden gesenkt, überall wurde ein Zweiklassenlohnssystem eingeführt, wonach neu eingestellte Arbeiter mit so geringen Löhnen wie sechs US-Dollar oder weniger anfangen. Ein Drittel der Branche ist jetzt ohne offiziell anerkannte Gewerkschaft und damit ohne Tarifvertrag.

Tausende von Arbeitern aus Lateinamerika und Asien haben sich zu den in den USA geborenen Arbeitern — Schwarze und Weiße — gesellt und damit die potentielle Kampfbereitschaft der Fleischarbeiter vermehrt. Die Unternehmer nutzen Unterschiede in Rasse, Sprache, Geschlecht und Nationalität aus, um die Arbeiter gegeneinander aufzubringen und so daran zu hindern, sich gegen die Bosse zu vereinen.

Der Umbau der Fleischindustrie ging Hand in Hand mit der Schließung von Tausenden von bäuerlichen Betrieben durch Zwangsversteigerungen ihres Landes. Die Bauern wurden von ihrem Land vertrieben durch sinkende Bodenpreise, hohe Zinssätze, hohe Produktionskosten und niedrige Preise — eben auch die niedrigen Rinder- und Schweinepreise, die ihnen die großen fleischverarbeitenden Monopole aufgezwungen haben.

Fleischarbeiter in den USA und Kanada haben den Widerstand gegen diese Offensive aufgenommen. Von 1980 bis 1984 gab es mehr als 158 Streiks. Bei den Bauern gab es Proteste gegen die Zwangsversteigerungen. Curtis setzte sich bei seinen Kollegen und durch seine Gewerkschaft für die Solidarität mit streikenden Fleischarbeitern und die gewerkschaftliche Unterstützung für die kämpfenden Bauern ein.

Swift gehört zu dem Unternehmensbereich Monfort des Nahrungsmittelgianten ConAgra. Swift ist bekannt für seine brutalen Arbeitsbedingungen. Die Unfallrate übersteigt einen Unfall je Arbeiter und Jahr. Anfangslöhne liegen unter sechs US-Dollar pro Stunde.

Etwa 600 Leute sind in der Fabrik in Des Moines beschäftigt, in der auch Curtis arbeitete. Aber die Fluktuation ist sehr hoch — im Laufe des Jahres 1987 waren insgesamt mehr als 3000 verschiedene Leute bei Swift beschäftigt. Viele wurden durch Arbeitsunfälle rausgeworfen. Andere sind wegen der unzumutbaren Behandlung und den gefährlichen Arbeitsbedingungen gegangen, weitere schließlich wurden gefeuert.

Mark Curtis arbeitete bei Swift in der Abteilung, in der die Tiere getötet werden. Im Dezember, beim Herausziehen der Innereien, verletzte er sich am Rücken. Seine Vorgesetzten wissen wieder-

Mark Curtis, Arbeiter in Des Moines, Iowa, Opfer eines Polizeikomplotts

holte Bitten Curtis um medizinische Behandlung seiner Verletzung zurück. Er verließ seinen Arbeitsplatz, um die Betriebskrankenschwester aufzusuchen. Daraufhin wurde er entlassen. Durch den Druck seiner Kollegen wurde Swift gezwungen, Curtis wieder einzustellen; das war ein Sieg für alle Arbeiter bei Swift.

verteidigen. Curtis war bei Swift bekannt als Verteidiger der Rechte der Arbeitsimmigranten. Die Versammlung beschloß eine Protestdemonstration für den kommenden Samstag.

Die Proteste zwangen die Behörden schließlich dazu, die Anklagen gegen die 17 von Swift fallen zu lassen.

Ausländerpolizei macht Razzia bei Swift

Im Dezember 1987 begann das Management bei Swift eine geheime Zusammenarbeit mit Beamten des INS (Immigration and Naturalization Service, die Ausländer- und Grenzpolizei), um eine Razzia im Swift-Werk vorzubereiten. Sie durchkämmten alle Personalakten und suchten 17 Arbeiter aus. Am 1. März 1988 schwärzten das INS und Bundespolizisten in das Swift-Werk aus und verhafteten 17 Arbeiter vom Band weg — 16 aus Mexiko und einer aus El Salvador.

Gegen die Arbeiter wurden Strafverfahren eröffnet, weil sie Unterlagen gefälscht haben sollen, um eine Stelle zu bekommen. Dieses Vorgehen war ein

Nach der Versammlung von 17 Uhr gingen Curtis und andere zu der Gaststätte „Los Compadres Restaurant and Lounge“, um die dramatischen Ereignisse des Tages zu besprechen. Curtis blieb dort bis etwa 20.30 Uhr. Von „Los Compadres“ ging er nach Hause, um dort einen Scheck und eine Notiz von seiner Frau Kate Kaku zu holen, die selbst bei der Arbeit war. Er verließ sein Haus um 20.45 Uhr, um Essen für eine Nicaragua-Veranstaltung am folgenden Abend einzukaufen.

In den nächsten acht Minuten wurde er verhaftet und in ein Justizkomplott hineingezogen.

Als er auf seinem Weg zum Laden an einer Ampel anhielt, lief eine Frau auf Curtis' Auto zu. Sie sagte, sie werde von jemandem bedroht, und flehte ihn an, sie



landesweiter Testfall, weil damit die Grundlagen des INS-Amnestieprogramms angegriffen wurden, wonach Einwanderer ohne Papiere sich melden und eine Aufenthaltsberechtigung bekommen sollten. Das INS hatte den Immigranten zugesichert, sie würden nicht verfolgt werden, weil sie ohne Papiere in die USA gekommen waren und dort Arbeit angenommen hatten, aber das INS benutzte von den Antragstellern gegebene vertrauliche Informationen gegen sie und verhaftete die Swift-Arbeiter als Verbrecher.

Die Razzia wurde landesweit bekannt, und Gruppen außerhalb von Des Moines protestierten bei der Bundesregierung.

Die 17 Arbeiter von Swift wurden in Haft gesetzt, ohne daß sie mit einer Kau-
tion freigelassen werden konnten. Ar-
beiter von Swift, Angehörige und Freunde der 17 protestierten sofort und verlangten die Einstellung der Verfah-
ren. Unterstützer der 17 von Swift plan-
ten eine Kundgebung am 4. März 1988 für 14 Uhr im United Mexican-American Community Center (Vereinigtes Mexikanisch-Amerikanisches Zentrum). Vertreter des INS, des Justizminis-
teriums und des Managements von Swift waren dabei zugegen.

Swift weigerte sich, den Arbeitern in der Tagschicht freizugeben, damit diese an der Versammlung teilnehmen könnten. Aus Protest verließen einige Kollegen von Curtis das Band und stoppten die Produktion. Vertreter der Firma ar-
rangierte schnell eine zweite Ver-
sammlung für den späteren Nachmittag um 17 Uhr. Danach gingen die Arbeiter wieder an die Arbeit.

Curtis nahm an der Versammlung um 17 Uhr teil. Er sprach zu der Versammlung auf Spanisch. Er sagte, daß die Ge-
werkschaft mithelfen sollte, die 17 zu

ihrem wenige Straßen entfernten Haus zu fahren. Sie drängte ihn, in der Eingangsveranda zu warten, während sie sich im Haus vergewissern wollte, daß die Luft rein und ihr Angreifer ihr nicht gefolgt wäre. Sie trat ein; Curtis hat sie nie wieder gesehen.

Eine Minute später drang ein Polizist in die Eingangsveranda ein. Er griff sich Curtis, zerrte ihn ins Schlafzimmer, legte ihm Handschellen an und zog seine Hose herunter. „Wollen mal sehen, was wir hier haben“, sagte er.

Curtis wurde zur Polizeiwache gebracht. Die Polizisten wiesen ihn an, sich auszuziehen und die Kleider in einen Papiersack zu packen. Unter Ru-
fen „Du bist ein Mexikaner-Liebhaber, genauso wie Du diese Farbigen liebst“ traktierten sie ihn mit ihren Schlagstöcken. Dabei brach ein Backenknochen; die Wunde mußte im Krankenhaus behandelt und mit 15 Stichen genäht werden.

Als die Polizisten Curtis wieder aus dem Krankenhaus holten, warfen sie ihn in eine kalte, nackte Zelle ohne Bett, Decke, Toilette und Wasser.

Gegen ihn wurde Anklage wegen sexuellen Mißbrauchs zweiten Grades und Angriffs auf die Polizisten, die ihn zu-
sammengeschlagen hatten, erhoben. Später verschärfe die Staatsanwaltschaft den Angriff auf Curtis, indem sie eine Anklage wegen Einbruchs hinzufügte; auf Einbruch steht eine Gefängnisstrafe von bis zu 25 Jahren. Diese Anklage be-
ruhte einzig auf der Behauptung, daß Curtis die Veranda betreten hatte, nicht daß irgend etwas gestohlen worden wäre. Gleichzeitig verschärfe sie die ursprüngliche Anklage wegen sexuel-
lem Mißbrauchs zweiten Grades auf eine dritten Grades.

Am nächsten Tag wurde Curtis gegen

eine Kau-
tion von 30000 US-Dollar auf
freien Fuß gesetzt. Die Polizei-
version der Geschichte fand sich in den Zeitungen dieses nächsten Tages: Zwei Poli-
zisten hätten eine gerade stattfindende
Vergewaltigung unterbrochen. Eine
junge schwarze Frau, die Curtis nie ge-
sehen hatte, hat wahrheitswidrig be-
hauptet, von ihm vergewaltigt worden
zu sein.

Curtis wird verhaftet

Mark Curtis war seit elf Jahren als Gewerkschafter und Sozialist aktiv. Daraus ist er bei der Polizei in Des Moines und beim FBI (Bundespolizei) bekannt. Als sie Curtis verhafteten, haben die Polizisten sein Auto durchsucht, in dem zahlreiche Flugblätter lagen — für die Proteste zur Verteidigung der 17 von Swift, gegen polizeilichen Rassismus und für eine Veranstaltung zur Feier des Sieges in dem historischen Prozeß der SWP (Socialist Workers Party, Sozialistische Arbeiterpartei) und YSA (Young Socialist Alliance, Sozialistischer Jugendverband) gegen das FBI wegen illegaler Überwachung und Zersetzung. Curtis war Verbandsvorsitzender der YSA und ist Mitglied der SWP.

Zwei Wochen zuvor hatte Curtis an einer Demonstration gegen rassistische Polizeimaßnahmen in Clive, einem Vorort von Des Moines, teilgenommen. Die Polizei in Clive hatte die Bewohner aufgefordert, ihnen alle Schwarze, die sie in diesem Viertel sahen, zu melden. Bei dieser Demonstration betreute Curtis einen Büchertisch mit sozialistischer Literatur auf dem Rasen vor der Polizeistation, wo der Zug endete.

Curtis war vom FBI als einer der Sprecher vom CISPES (Committee in Solidarity with the People of El Salvador, Solidaritätskomitee El Salvador) in der Stadt Birmingham im US-Bundesstaat Alabama herausgepickt worden, wo Curtis in den Jahren 1981 bis 1985 lebte. Das war Teil einer illegalen Bespitzelung, die sich gegen CISPES und Hunderte von anderen Antikriegsaktivisten und Organisationen richtete. Die Polizei in Des Moines hat Zugang zu den Dateien des FBI, einschließlich der Unterlagen über Curtis.

Der Prozeß — ein Hohn auf die Gerechtigkeit

Die Behörden haben beträchtliche Mittel für ihr Komplott gegen Curtis eingesetzt. Führende Politiker von Des Moines haben die Strafverfolgung begrüßt.

Der Fall kam im September 1988 zur Verhandlung. Kein Fitzelchen an Beweis wurde vorgelegt, daß Curtis irgendein Verbrechen begangen hätte. Tatsächlich bewiesen Zeugenaussagen, daß Curtis sich zu dem Zeitpunkt in der Gaststätte „Los Compadres“ aufhielt, als er nach beharrlichen Behauptungen der jungen Frau — die er bis Monate nach seiner Verhaftung nie gesehen hatte — diese angegriffen haben soll. Ihre Kleider waren mit Schmutz und Hundehaare von ihrer Eingangsveranda bedeckt — Curtis' Kleider hatten keine Spuren davon. Es gab keinerlei sachlichen Beweis dafür, daß Curtis sie vergewaltigt hätte. Selbst der Spuren- und Beweis-
experte der Staatsanwaltschaft mußte zugeben, „daß aus meiner Sicht keinerlei Beweismittel die beiden in Zusammenhang bringen“.

Gerichtsentscheidungen vor der Verhandlung untersagten Curtis, entscheidende Beweismittel zu seinen Gunsten vorzulegen. Die Geschworenen hörten keinerlei Aussagen dazu, daß die Polizisten ihn einen „Liebhaber der Mexikaner“ gerufen hatten und daß er illegal vom FBI bespitzelt worden war.

Wegen des Mangels an sachlichen Beweisen war die Aussage des verhafteten Beamten Josef Gonzalez entscheidend für die Sache der Anklage. Curtis wurde daran gehindert, Beweise dafür vorzulegen, daß Gonzalez früher vom Dienst suspendiert worden war

wegen Gewalttätigkeiten gegen Ver-
dächtige und Lügen in einem Polizei-
richt.

Curtis hatte keine „jury of peers“, d. h. die Geschworenen waren nicht aus seiner sozialen Schicht ausgewählt, wie es nach angelsächsischem Recht jedem zusteht. Es gab keine Schwarzen, keine Bauern und nur zwei Arbeiter unter den Geschworenen. Der einzige mexikanisch-amerikanische Geschworene wurde kurz vor der Verhandlung unberechtigterweise ausgeschlossen, entgegen den Einwänden der Verteidigung.

Nach dem Urteilsspruch hat Blanche Stockbauer, eine der Geschworenen, mitgeteilt und formgerecht erklärt, daß „ich der Überzeugung bin, daß Mark Curtis der angeklagten Verbrechen un-
schuldig ist. Ich wußte nicht, daß, wenn ich mein Votum „nicht schuldig“ aufrecht erhalten hätte, dieser Prozeß er-
gebnislos geblieben wäre und ein neuer Prozeß hätte eröffnet werden müssen.“

Curtis hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Worauf das Komplott abzielt

Wie die 79jährige Bürgerrechtskämpferin Edna Griffin in Des Moines sagte: „Dies ist nicht ein Fall von Vergewaltigung. Hier dreht es sich um die Sache der Arbeitsimmigranten. Mark Curtis ist ein gefährlicher Mensch, denke ich, weil er Spanisch spricht und sich mit den Arbeitsimmigranten verständigen kann, mit denen er Seite an Seite bei Swift arbeitete.“

Curtis war „schuldig“, ein aktiver Gewerkschafter mitten in einer landesweiten Kampagne der Unternehmer gegen die Arbeiterrechte zu sein. Sein „Verbrechen“ war die Verteidigung von im Ausland geborenen Arbeitern mitten in einer Razzia gegen die Arbeitsimmigranten. Sein „Verbrechen“ bestand in Demonstrationen gegen polizeilichen Rassismus, für gleiche Rechte für Frauen, in seinem Eintreten gegen die US-Intervention in Zentralamerika und in seiner Unterstützung für Bauern im Kampf gegen Zwangsversteigerungen. Deswegen wurde das Komplott gegen ihn aufgebaut, wurde er geprügelt und ins Gefängnis geworfen aufgrund von windigen Vorwürfen von Vergewaltigung und Einbruch. Er sitzt nun eine 25-jährige Gefängnisstrafe im Staatgefängnis von Anamosa ab.

Diese Komplott zielt darauf ab, alle diejenigen zum Schweigen zu bringen und einzuschüchtern, die ihre verfassungsmäßigen Rechte benutzen, um für ihre Ziele zu kämpfen, so wie es Curtis tat.

Unterstützt das Curtis Verteidigungskomitee!

Das Mark Curtis Defense Committee wurde im März 1988 gegründet, um das Komplott gegen Mark Curtis und seine Verfolgung zu bekämpfen und seine Freilassung aus dem Gefängnis zu erreichen. Es hat Unterstützer in der ganzen Welt gefunden, von den Philippinen bis zu Schweden, von Mexiko bis Neuseeland.

Gewerkschafter, Vorkämpfer für Rechte der Schwarzen, Würdenträger, Feministen, Antikriegsaktivisten, Kämpfer für demokratische Rechte, Arbeiter, Bauern und Studenten, Schauspieler, Dichter und Musiker — haben erkannt, daß der Angriff auf Curtis ein Angriff auf uns alle ist — für alle, alle für einen! Wenn genug Stimmen sich in die Kampagne für Gerechtigkeit für Mark Curtis einsetzen, können wir gewinnen.

Unterstützen auch Sie das Mark Curtis Defense Committee! Helfen Sie mit, die Wahrheit über das Komplott zu verbreiten und neue Unterstützer zu gewinnen. Spenden Sie für die Kosten der Verteidigung.

Anschrift:
Mark Curtis Defense Committee
1048, Des Moines, Iowa 50311, USA

Referendum in Rußland: kein Ende der Krise

Der Ausgang des von Jelzin putschartig durchgesetzten Referendums drückt vor allem eines aus: Die Wahlberechtigten wollen keine die tiefe politische Krise verschärfende Polarisierung. Mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten beteiligte sich nicht. Von den Wähler sprachen 58,1 % Präsident Jelzin ihr Vertrauen aus (weniger als 40 % der Wahlberechtigten), und 52,9 % billigten die Wirtschafts- und Sozialpolitik (gut ein Drittel der Wahlberechtigten) — ein Erfolg, aber kein überwältigender, für Jelzin, dem die Stimmberichtigten die angestrebten Neuwahlen zum Präsidialamt bzw. die Auflösung des Volkskongresses deutlich verweigerten. Jelzin erreichte in den großen Städten und Industriezentren hohe, auf dem Land und in etlichen der 88 Regionen und Autonomen Republiken dagegen wenig oder fast keine Zustimmung.

Daß es nicht so weitergehen kann wie bisher, wissen wohl alle. Die Industrieproduktion ist im letzten Jahr um 20 % zurückgegangen (1991 bereits um 18 %). Investitionen fanden kaum noch statt; in Kreisen der deutschen Wirtschaft spricht man bereits von der Deindustrialisierung Rußlands. Die traditionellen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Regionen und den Betrie-

ben sind fast völlig zusammengebrochen. Unzählige Betriebe mußten schließen oder stehen vor dem Aus, weil sie keine Rohstoffe oder Halbfertigprodukte erhalten; so blieben die usbekischen Baumwollieferungen für die russische Textilindustrie fünf Monate lang ganz oder weitgehend aus. Ganze Regionen gelten inzwischen als Krisen-, ja als Hungerregionen. Die Landwirtschaft weist bei guten Ernten 1992 tiefe Einbrüche in der Tierproduktion auf. Die Inflation stieg auf 2000 %; katastrophal nicht nur für die Lohnabhängigen, deren Löhne nicht mithalten, sondern vor allem für die Rentner, von denen die allermeisten inzwischen ein Leben unter dem Existenzminimum fristen.

Wie weiter? Mit welchem Kurs Jelzin die tiefe Krise überwinden will, ist nicht zu erkennen. Seine bisherige Politik zeichnet sich durch Bereitschaft zu jeder Brutalität, durch Konzeptlosigkeit, Schwanken und Willkür gegenübers dem imperialistischen Ausland aus. Sein Programm heißt: mehr Macht. Das mag eine Zeitlang Hoffnungen nähren — weit tragen kann es nicht. Aber auch von seinen innenpolitischen Gegnern sind schlüssige Konzepte für die Entwicklung des Landes nicht bekannt geworden. — (scc)

Bosporus, Kaukasus: Die Treuhand steigt ein

Die Treuhand-Tochter TOB (Treuhand Osteuropa-Beratungsgesellschaft) soll die Privatisierung türkischer Staatsbetriebe vorantreiben, besonders der Zement-, Textil- und Nahrungsmittelindustrie. Der Wunsch der türkischen Regierung stieß bei Wirtschaftsminister Rexrodt auf offene Türen. Die türkische Regierung bietet weiter die parallele Reparaturierung gleicher staatlicher Betriebe in Usbekistan und Kasachstan an. Auch der Iran will die Treuhand zur Privatisierung der 1979 verstaatlichten Grundstoffindustrie mit Optionen auf Geschäfte im Kaukasus und Zentralasien.

Die Abwicklung soll über die 1965 von der Türkei, dem Iran und Pakistan gegründete Economic Corporation Organization (ECO) laufen. Neue Mitglieder ECO sind die rohstoffreichen GUS-Staaten Kasachstan, Usbekistan, Turkmenien, Kirgistan und Tadschikistan sowie Afghanistan. Geplant sind Privatisierung und Ausbau der Infrastruktur (Eisenbahn, Straßenbau, Fluglinien, Telekommunikation, Öl- und Erdgasleitungen). Gegründet wurden dazu eine Entwicklungs- und Handelsbank und eine Fluglinie; die Vereinfachung der Visabestimmungen und eine Freihandelszone wurden beschlossen. Die Finanz-

mittel sollen aus der BRD, der EG und der Weltbank kommen.

Der Treuhand und in ihrem Schlepptau weiteren Firmen wird Bezahlung nicht, wie bisher üblich, in Rohstoffen angeboten, sondern in Kooperationsunternehmen deutscher und türkischer Firmen bei Joint ventures in den GUS-Staaten. Nach Abschluß der Arbeiten wird auch der Betrieb der Anlagen übernommen, bis Kosten und kalkulierter Gewinn eingebrochen sind. So geraten wesentliche Teile der Wirtschaft unter Kontrolle deutscher und ausländischer Firmen. Erste türkisch-deutsche Kooperation gibt es auf dem Bausektor.

Alte Träume werden Wirklichkeit. Im Mai 1918 schlossen Deutschland, die Türkei und Transkaukasien, das sich vom Russischen Reich getrennt hatte, einen Vertrag über Rohstoffförderung und ihren Transport. Die Hälfte der Erträge sollten den deutschen Firmen zufallen. Die Manganförderung befand sich seinerzeit zu 70–75 % in deutschen Händen. Die deutschen Imperialisten wollten an das Öl von Baku. Diese Pläne scheiterten im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Gemeinsam mit der Türkei wird jetzt wieder in diesen Raum vorgestossen. Quelle: *Handelsblatt*, 30.3.93 — (rub)

Norwegische Regierung setzt EWR 2 durch

Im September 1993 finden in Norwegen Parlamentswahlen statt. Die Regierung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Ap) versucht bis dahin — und nach Ansicht von EG-Gegner auch mit undemokratischen Mitteln —, Grundlagen für den EG-Beitritt zu schaffen.

Ein weiterer Meilenstein auf diesem Weg ist die Zustimmung des Parlaments zum Zusatzprotokoll des EWR-Vertrages (EWR 2). Das Abkommen zum EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) setzt die ökonomischen Rahmenbedingungen zwischen EG und Efta-Ländern. Zwei im Parlament vertretene Parteien (Sozialistische Linke und Zentrumspartei) hatten die Vertagung der EWR-2-Debatte bis nach den Parlamentswahlen beantragt, da der EWR entgegen früherer Pläne nicht vor Ende 1993 in Kraft trat. Trotz dieser Terminänderung bestand die Regierung — spöttisch als europäische Musterschüler bezeichnet — auf der raschen Abstimmung. Wohl wissend, daß eine Parlamentsmehrheit dem EWR 2 genauso getreu zustimmt wie im Herbst vergangenen Jahres dem EWR 1. Dagegen ist die Zusammensetzung des Parlaments und die Stärke der EG-Geg-

ner nach den Wahlen ungewiß. So wurde am 29.4.93 dem EWR 2 zugestimmt, obwohl noch nicht einmal die Auswirkungen der neuen Richtlinien auf die norwegische Gesetzgebung bekannt sind. Angeblich hätten sich die Efta-Länder zur Geheimhaltung verpflichtet.

Daß wohl eher innenpolitische Gründe eine Rolle gespielt haben, zeigt sich auch daran, daß die schwedische und isländische Regierung schon einzelne Punkte des EWR 2 veröffentlicht haben. Der norwegische Außenminister kündigte an, das Parlament über die neuen EWR-Richtlinien im Mai zu informieren — nach der Ratifizierung!

Die Mehrheiten in der norwegischen Bevölkerung sind andere als im Parlament. Fischer und Bauern sind beispielsweise heftige Gegner eines EG-Beitritts. Aber auch im Gewerkschaftsbund LO wächst die Anzahl der Mitglieder, die einen EG-Beitritt ablehnen. Nach neuerer Befragung (Durchschnittsergebnis Februar bis April 1993) lehnen 48,7 % der Mitglieder einen EG-Beitritt ab, nur noch 23,1 % befürworten ihn und 28,2 % sind noch unentschlossen. Quelle: *Klassekampen* (N), April 1993 — (ccs)

Internationale Umschau



„Die Kirche erwacht zu neuem Leben“ schlagzeigte das Papstblatt *Osservatore Romano* am 30. April. Fünf Tage vorher hatte der Papst in Shkoder vier katholische Bischöfe geweiht. Der Kölner Erzbischof Meisner begleitete den Papst als Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz. Unser Bild zeigt die Bischöfe bei ihrer Weihung in vollem Prunk. Während des zweiten Weltkriegs hatten Papst und katholische Kirche das faschistische Italien unter Mussolini als Besatzungsmacht in Albanien unterstützt und sich damit in dem ohnehin weitgehend nicht-katholischen Land gründlich diskreditiert. Von dieser Vergangenheit des Katholizismus in Albanien war bei der Feier des „Wiedererwachens“ in Shkoder mit keinem Wort die Rede. — (rül)

Kurdistan: ARGK untersagt Wehrdienst für die Türkei

Mit einem Flugblatt an die Bevölkerung hat die Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) kurdischen Jugendlichen, Militärdienst bei der türkischen Armee zu leisten. In dem Flugblatt des ARGK-Militärrats des Gebiets Amed (Diyarbakir) wird darauf hingewiesen, daß die Armee der Türkischen Republik, die die kurdischen Gebiete terrorisiert, zu einem Drittel aus Kurden besteht. Der türkische Staat habe keine Kontrolle mehr über die Landgebiete in Kurdistan, so daß kein Grund mehr besteht, der Einberufung zur türkischen Armee nachzukommen. Die kurdischen Jugendlichen werden aufgerufen, sich der eigenen Armee, die für die Freiheit ihres Landes und seiner Menschen kämpft, der ARGK, anzuschließen. Quelle: *Kurdistan-Rundbrief* Nr. 10/93 — (rül)

Frauen in den USA als Kampfpiloten

US-Verteidigungsminister Les Aspin ordnete an, künftig auch Frauen in Kampfeinsätzen der Luftwaffe einzusetzen (der Kongreß hatte 1991 ein entsprechendes gesetzliches Verbot aufgehoben). Der aktive Fronteinsatz weiblicher Soldaten auch bei Bodentruppen wird derzeit geprüft, die Verwendung bei Artillerie, Bautrupps und militärischer Aufklärung sei wahrscheinlich. Damit werden künftig bereits ausgebildete Pilotinnen von Kampfflugzeugen wie dem F/A-18, dem F-15 und den Kampfhelikoptern Cobra und Apache in Kampfmissionen eingesetzt werden, wenn sie sich dazu freiwillig melden, was bisher auch für männliche Piloten galt. Der Verteidigungsminister drängt den Kongreß, das bisher noch bestehende Verbot des Einsatzes von Frauen auf Kriegsschiffen ebenfalls aufzuheben. Im Golfkrieg waren knapp zehn Prozent der eingesetzten Soldaten weiblich. — (alk)

Balladur verlangt „Opfer“

In Frankreich werden die Beamtengehälter in diesem Jahr eingefroren, wie der Minister für den öffentlichen Dienst, André Rossinot, mitteilte. Der Premierminister hat Gespräche mit Kapitalistenverbänden und Gewerkschaften über Kürzungen im Sozialhaushalt aufgenommen. Seine Linie: Die Franzosen sollen Opfer bringen, besonders in seinem Blickfeld sind die Sozialversicherungen, in den angeblich 30 Milliarden Mark fehlen, und die Arbeitslosenversicherung mit einem voraussichtlichen Defizit von elf Milliarden Mark. Jüngst veröffentlichte Zahlen deuten an, daß die Konservativen die soziale Spaltung verschärfen wollen: rund fünf Millionen der Bevölkerung gelten als arm, 3 Millionen Arbeitslose, 575 000 sind Empfänger des revenu minimum d'insertion, eines staatlichen Armenlohnes von durchschnittlich 1800 Francs im Monat (ca. 450 Mark), dazu kommen 1,5 Millionen alte Menschen, die nicht von ihren Renten leben können. Die angekündigten Sparmaßnahmen werden vor allem die Armen treffen. — (alk)

Was sagen die Roten Khmer?

In der Presse werden die Roten Khmer fast ausschließlich als Störenfriede der Beendigung des Bürgerkriegs in Kambodscha dargestellt, die Wahlen verhindern und Gebiete unter ihrer Kontrolle halten wollen. In einem Gespräch mit dem *Handelsblatt* vom 16./17.4. äußerte sich Khiem Samphan zu den Zielen der Roten Khmer. Wir zitieren daraus:

„Es geht uns nicht darum, an die Macht zurückzukehren. Wir wollen Kambodscha den Khmer erhalten und das Land vor der Kolonialisierung durch Vietnam retten.“ Als sie 1991 das Pariser Kambodscha-Abkommen unterschrieben hätten, so erläuterte Khiem Samphan, hätten die Roten Khmer große Hoffnungen in die Uno-Friedenstruppe gesetzt. Sie hält sich mit einem Kontingent von 22 000 Mann in Kambodscha auf und soll gemeinsam mit der Uno-Übergangsverwaltung dafür sorgen, daß die Bedingungen des Pariser Abkommens erfüllt werden. „Diese Hoffnung hat sich als Illusion erwiesen.“ Wie Khiem Samphan erklärt, habe offenbar niemand die Geschichte Kambodschas gelesen, aus der zu erfahren sei, daß schon das kaiserliche Vietnam Kambodscha zu unterwerfen versucht habe. Das hätten die Khmers einige Jahre toleriert, bis sie wütend rebellierten.

Auf die Frage, warum die Roten Khmer sich geweigert hätten, ihre Truppen zu entwaffnen, erwidert der Guerilla-Chef, daß sie dazu wiederholte ihre Bereitschaft erklärt hätten, vorausgesetzt daß jene Bestimmungen des Pariser Abkommens erfüllt würden, die den vollständigen Abzug aller fremden Truppen aus Kambodscha verlangten.

„Wir wissen jetzt, daß Kambodscha auf sich selbst gestellt ist, daß für die Abwehr der Vietnamisierung keinerlei Hilfe zu erwarten ist.“ Als Beispiel für die Unterwanderung durch Hanoi verweisen Sprecher der Roten Khmer darauf, daß trotz des niedrigen Durchschnittsalters über die Hälfte der Bevölkerung Kambodschas als Wähler registriert seien. Die Bevölkerung wird auf 8 Millionen geschätzt. Davon hat das Untac-Personal 4,6 Millionen als Wahlberechtigte registriert. Diese Zahl lasse sich nur dann erklären, so der Vertreter der Roten Khmer, wenn sie die 1,3 Millionen vietnamesische Siedler einschließen.

Die Massaker der letzten Wochen seien spontane Aktionen der Bevölkerung gewesen. Er befürchte, daß es nicht dabei bleiben werde. Wer die Roten Khmer für die Aktion verantwortlich mache, der verstehe nichts von der Mentalität der Khmer und verkenne die Situation auf dem Lande wie in den Städten, wo der vietnamesische Geheimdienst die Bevölkerung terrorisiere.

„Woher sollen Fremde verstehen, was in Kambodscha vorgeht?“ Es seien die Kämpfer der Roten Khmer gewesen, die am Weihnachtstag 1978 in Kambodscha eindrangen, der 300 000 Mann starken Invasionsstreitmach Ha Nois Widerstand entgegengesetzt und den größten Teil zum Abzug gezwungen hätten. Daß die Roten Khmer die heute bestorganisierte und zudem hochmotivierte Kraft in Kambodscha sind, ist ein Tatbestand, den selbst jene Kambodscha-Experten, die die Rückkehr der Roten Khmer mit aller Kraft zu verhindern suchen, nicht länger ignorieren.“



Mehr als 6000 Mitglieder US-amerikanischer Baugewerkschaften protestierten Anfang April vor dem US-Hauptsitz von BMW in Woodcliff Lake gegen die anhaltende Tarifbruch-Strategie des deutschen Konzerns. Die für den Bau des BWM-Zweigwerks in Spartanburg im US-Südstaat South Carolina eingesetzten Bauarbeiter (fast alle werden von Firmen „beschäftigt“, die keine Tariflöhne zahlen) verdienen im Durchschnitt 10 Dollar pro Stunde und weniger, kritisieren die Sprecher der Gewerkschaften auf der Kundgebung. Der Tariflohn für US-Bauarbeiter liegt demgegenüber bei ca. 17 Dollar. Die Gewerkschaften wollen jetzt versuchen, die staatlichen Subventionen für BMW zu stoppen, um den Konzern so zu zwingen, endlich Tariflöhne auf seinen Baustellen und im künftigen Werk zu zahlen. — (rül, Bild: AFL-CIO News)

Krupp-Rheinhausen: Stillelung beschlossen

Duisburg. Die Stillelung von Krupp-Rheinhausen ist beschlossene Sache und soll schon im August umgesetzt werden. Am 29.4.93 stimmte der Aufsichtsrat der Krupp Stahl AG den Plänen des Konzernvorstandes zu. Den Ausschlag für diese Entscheidung gab der „neutrale“ Mann, der ehemalige nordrhein-westfälische Landesfinanzminister Posser (SPD). Er hatte diese Zustimmung angekündigt, nachdem die Betriebsräte der Krupp Stahl AG einen Tag vor der Aufsichtsratssitzung einen Sozialplan abgeschlossen hatten, der betriebsbedingte Kündigungen der derzeit noch 2100 Beschäftigten ausschließt.

Mit der Entscheidung ist ein monatelanges Tauziehen beendet, das vor allem hinter den Kulissen stattfand. Streckenweise ist es dem Konzernvorstand gelungen, ganze Belegschaften gegeneinander auszuspielen. Noch nach dem Bekanntwerden des Stillelungsbeschlusses des Konzernvorstandes am 9.3.1993 hatte der Betriebsrat von Krupp-Rheinhausen mehrheitlich beschlossen, ein Gutachten in Auftrag zu geben, daß die Stillelung entscheidung unter ausschließlich betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten in Abwägung zur Stillelung der Flüssigphase von Hoesch-Dortmund prüfen sollte. Die beauftragte Unternehmensberatungsfirma Berger stützte allerdings

das Konzept des Konzerns, nach dem auch bei Hoesch 2400 Beschäftigte weggestrichen werden sollen.

Bis zuletzt gab es jedoch auch solidarischen Widerstand. In den Tagen vor der Aufsichtsratsentscheidung wurde teilweise die Arbeit niedergelegt. Rund 150 Stahlarbeiter besetzten das alte Rheinhausener Rathaus. Diese Aktionen haben dazu beigetragen, daß der neue Sozialplan durchgesetzt werden konnte, der eine von Konzern, Bund und EG finanzierte Vorruhestandsregelung für 52-jährige, Umsetzungen, Umschulungsmaßnahmen und die vorübergehende Einrichtung eines „Einsatzbetriebes“ vorsieht, in dem bis 30.6.94 Kurzarbeiter untergebracht werden sollen.

Was aus den 700 Beschäftigten von Fremdfirmen wird, die seit bis zu 20 Jahren auf dem Krupp-Gelände arbeiten, ist jedoch ungewiß. Und die Probleme, die durch die Stillelung auf die Stadt Duisburg zukommen, sind durch den Sozialplan ebenfalls nicht gelöst. Was von Crommes erneuter Zusage, 1500 „Ersatzarbeitsplätze“ zu schaffen, zu halten ist, wird schon an der ersten konkreten Ankündigung deutlich: Frech und ungern gab er bekannt, daß der Konzern zwei Tochterunternehmen mit 270 Beschäftigten von Essen nach Duisburg verlagern will. — (wof)

Siemens: „Gemeinsam an einem Strang“

München. „Das befriedigende Ergebnis verdanken wir in erster Linie dem Fleiß und der Tüchtigkeit unserer Mitarbeiter. Ihnen und den Betriebsratsmitgliedern ein Dank für ihren Einsatz bei der Lösung schwieriger Aufgaben“. Für 11000 „liebe Mitarbeiter“ sind diese Dankesworte des neuen Vorstandsvorsitzenden von Pierer bei der Aktionärsversammlung in der Münchner Olympiahalle eher Hohn oder so etwas wie ein Nachruf. Sie gehören nicht mehr zur „Siemens-Familie“. „Sozial verträglich“ wurden sie im vergangenen Geschäftsjahr abgebaut. Der neue Siemens-Boß hatte noch mehr makabre Späße auf Lager — Galgenhumor im wahrsten Sinne des Wortes. Bei der Bevölkerung der anstehenden Schwierigkeiten müsse man „gemeinsam an einem Strang ziehen“. Einige weiteren Tausend wird der Strang eher zum Strick um den Hals. In den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahrs wurden 6000 Arbeitsplätze gekillt, weitere 8-9000 sollen den Angaben von Pierer zufolge im Namen des Profits noch in diesem Geschäftsjahr geopfert werden. Macht zusammen fast 30000 in zwei Jahren — etwa soviel, wie in der gesamten deutschen Stahlindustrie auf dem Spiel stehen. Nur mit dem Unterschied, daß mit Ausnahme von SNI Köln derzeit nicht ganze Werke stillgelegt werden, sondern das „Fitneßprogramm“ (von Pierer) dem gesamten Konzern verpaßt wird. Vorrangig allerdings SNI und dem Halbleiter-Bereich. Von wegen „Zukunftsindustrie“. Die kapitalistische Strukturkrise und zyklische Krise erfaßt alle Industriezweige. „Abgespeckt“ wird bei allen Konzernen, um im internationalen Konkurrenzkampf, im Krieg der Multis und Konzerne um den Weltmarkt eine Runde weiterzukommen. Auf der Strecke aber bleiben wie bei jedem Krieg die „kleinen Leute“; ihre Gesundheit, ihre erkämpften sozialen und Schutzrechte, ihre Existenz, sprich Arbeitsplätze. Nicht einmal die „siegreiche“ Belegschaft hat eine Garantie auf sichere Arbeitsplätze, wie das Beispiel SNI einmal mehr zeigt. Tausende von Arbeitsplätzen wurden bei der eroberten Nixdorf vernichtet, nicht weniger bei der ehemaligen Siemens-Datentechnik.

„Fitneßprogramme“ für die Belegschaft, Mastkuren für den Profit. Auch im vergangenen Geschäftsjahr stieg der Gewinn um satte 9% auf knapp 2 Milliarden (1955 Mio) Mark. Pierer: „Damit ist es uns 5 Jahre hintereinander gelungen, die Gewinne zu steigern“. Insgesamt um 53%! Bravo! Für das laufende Geschäftsjahr gibt man sich bescheiden. Trotz Rezession soll das Vorjahrsergebnis gehalten werden.

Siemens legt das Geld nicht etwa auf die hohe Kante, sondern läßt es für sich „arbeiten“. Das brachte nicht weniger als 1,9 Milliarden Mark an Zinsüberschüssen ein, mehr als die Hälfte des Bruttogewinns von 3,197 Mrd. Mark. Denn die Mittel sind in Wertpapieren, Obligationen, staatlichen Schulverschreibungen etc. angelegt. Und so „arbeitet“ dann das Geld: Aus Privathaus halten, die sich verschuldeten müssen, um über die Runden zu kommen, werden Zinsen herausgepreßt. Oder Zins-Dauermenschrauben für die „Öffentlichen Hände“, die mit öffentlichen Investitionen in die Miesen gekommen sind, z. B. mit dem Bau von Siemens-Kläranlagen, -Flughafen-Einrichtungen, Atom- und anderen Kraftwerken von KWU, etc. Zinszahlungen und Schuldendienst reißt immer größere Löcher in die öffentlichen Haushalte...

„Wir werden ein Elektrounternehmen bleiben“, versicherte Finanz-Vorstand Baumann auf der Hauptversammlung treuherzig. Doch steht der Gewinnstrom der „Bank mit angeschlossener Elektroabteilung“ derart unter Hochspannung, daß man jetzt eine eigene Geld-Transformator-Gesellschaft errichtet hat. Die Siemens Kapitalanlagen-Gesellschaft (SKAG). Damit verwaltet Siemens einen Großteil seines riesigen Geldvermögens in einer eigenen Investitionsbank und betreibt auf eigene Faust Wertpapier-, Börsen- und Devisenspekulation. SKAG-Geschäftsführer Lohneß nennt die Vorteile einer eigenen Kapitalanlage-Gesellschaft: Zum einen „deutliche Steuervorteile“. So können die Fonds völlig steuerfrei stille Reserven bilden. Und zum anderen entstehen „mehr Möglichkeiten zur Bilanzgestaltung“. Was dann ebenfalls auf Steuermanipulation hinausläuft.

Dabei haben die Siemens-Bilanzgestalter bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr in puncto Steuerverkürzung ganze Arbeit geleistet. Die Erhöhung des Jahresüberschusses (also Bilanzgewinn nach Steuern) kam durch niedrige Steuerzahlungen zustande. Fast 400 Millionen Mark (385 Mio. DM) zahlte der Konzern weniger an Ertragssteuern. Die Minderzahlungen erfolgten vorrangig im Ausland. Im Inland stehen weitere Steuergeschenke erst noch an. Die geplante und von der Bundesregierung bereits zugesagte Senkung des Körperschaftsteuer-Satzes bringt Siemens weitere Steuerersparnisse in der Größenordnung von 200 bis 300 Millionen Mark: Was Wunder, daß im Rahmen des Solidarpakts von Bundesregierung und „Opposition“ Steuern und Abgaben für Otto Normalverbraucher erhöht werden.

Quelle: DKP-Betriebszeitung Siemens München — (dil)

1. Mai: „Nationaler Block“ läuft auf — Protest!

München. Am Abend des 1. Mai führte der „Nationaler Block“ mit ca. 70 aus ganz Bayern zusammengezogenen Mitgliedern und Sympathisanten ein Fackelzug durch. Mit einer ordnungsgemäßen Anmeldung bei der Ordnungsbehörde führten die Faschisten unter der Losung „Tag der Deutschen Arbeit — Nein zur EG“ ihre Provokation, eskortiert von Polizeitruppen, durch. Die „Presseerklärung“, die diese Organisation am Vortag an Münchner Tageszeitungen faxte, bewirkte, daß eine Gegenmobilisierung erfolgte. Mit bis zu 600 Leuten wurde immer wieder versucht, diesen Aufmarsch zu beenden. Dies gelang nicht. Aber nur unter Polizeischutz konnten diese Faschisten ihre Aktion gegen — wie es in der Presseerklärung heißt — rote Horden und Gewerkschaften durchführen. — (dil)

ÖTV-PersonalrättInnen sagen Nein zu Stellenstopp

Heilbronn. ÖTV PersonalrättInnen der Stadt Heilbronn diskutierten am 24. März 93 über die derzeitigen Angriffe auf die Arbeitsbedingungen und die Personalpolitik. In einer Erklärung wandten sie sich an den Oberbürgermeister, die Dezeranten und die Rathausfraktionen. Sie forderten „Maßnahmen, die der Sicherung der Beschäftigten dienen und die öffentliche und soziale Infrastruktur der Stadt erhalten und verbessern.“ Die drohende Privatisierung der Dienstleistungen und die geforderte Personaleinsparungen gelte es zu verhindern. An die Adresse der GemeindrättInnen ging die Forderung, „sich in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung mit den Aufgaben einer leistungsfähigen öffentlichen Ver-

waltung und über die unverzichtbaren Dienstleistungen, die die Beschäftigten der Stadt Heilbronn täglich für die Bürgerinnen und Bürger erbringen, auseinanderzusetzen.“

— (aus: Kommunaler ALLtag Heilbronn, Mai 1993, j.)

Protest gegen Kürzung bei Umschulung/Weiterbildung

Hamburg. Rund 2000 Schüler und Lehrer der Weiterbildungseinrichtungen demonstrierten am 29.4. gegen die am gleichen Tag von der Bundesanstalt für Arbeit beschlossenen Kürzungen. In deren Folge stehen in Hamburg 1993 15 Mio. DM für die Neubewilligung von Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen (F+U) zur Verfügung — 10% des Vorjahresniveaus! Die ÖTV befürchtet, daß 200 von 270 Weiterbildungsträgern eingehen, 600 Lehrer entlassen und höchstens 2000 statt 12000 F+U-Maßnahmen gezahlt werden. Die ÖTV fordert die Rücknahme der Kürzungsbeschlüsse, der Zorn vieler Demonstrationsteilnehmer richtete sich gegen die Bundesregierung. — (scg)

Urabstimmung in Hamburg Abschluß im Osten

Hamburg. In der 4. Verhandlungsrunde am 23.4. gab es in Hamburg im Einzelhandel das erste Arbeitgeberangebot: 2,8 Prozent für alle. Das wären 80 DM brutto mehr für eine Verkäuferin in der Endstufe. Die Forderung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) beträgt — wie in den anderen Tarifbezirken/West — 200 DM für alle. Die Arbeitgeber sagten, daß ein Ausgleich der Preissteigerungsrate in diesem Jahr nicht in Frage käme. Am 18.5. ist in Hamburg der nächste Verhand-

lungstermin. Als Reaktion auf das unverschämte Angebot beschloß die große Tarifkommission Hamburg der HBV am 27.4. mit großer Mehrheit, die Urabstimmungen zu beantragen. Der HBV-Hauptvorstand beschloß am 25. die Durchführung der Urabstimmung. Diese soll vom 10. bis 18.5. stattfinden. Im baden-württembergischen Einzelhandel legten die Arbeitgeber am 23.4. noch immer kein Angebot vor. Die nächste Verhandlung ist am 12.5. Für die 300000 Beschäftigten im Einzelhandel in Ostdeutschland endeten die Verhandlungen am 24.4.93 mit einem unprozentigen Abschluß. Die tariflichen Einkommen liegen damit bei 86 Prozent des Westberliner Einzelhandels-Tarifs. Der Ecklohn für Verkäuferinnen und Verkäufer erhöht sich um 201 DM auf 2431 DM. Die Ausbildungsvergütungen sollen ab September 1993 auf 700 DM im ersten Lehrjahr, auf 750 DM im zweiten und auf 900 DM im dritten Lehrjahr steigen. Die Laufzeit beträgt ein Jahr. — (AGD)

Grüne beschließen gegen Militärintervention

Stuttgart. Eine militärische Intervention im ehemaligen Jugoslawien wurde auf dem baden-württembergischen Parteitag der Grünen mehrheitlich, aber nur von 60% der Delegierten, abgelehnt. Militärisch lasse sich der Konflikt nicht lösen, heißt es in dem verabschiedeten Papier. Allerdings wollen die Grünen sich für schärfere, auch „polizeiliche“ Maßnahmen stark machen. Fritz Kuhn, der Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Landtag, griff an, daß die Bundesregierung und Außenminister Kinkel das Leid der Menschen in Bosnien für eine Militarisierung der deutschen Außenpolitik ausnutzen. — (evc)



Faschisten heuern eine Detektei für Hetzjagd

Köln. Die faschistische Deutsche Liga im Rat der Stadt Köln hatte vor einigen Wochen einen Steckbrief verklebt, in dem sie für das Ergreifen der Romafrau Nidara Pamurova 1000,- DM Belohnung aussetzte. Das Verkleben der Steckbriefe wurde ihnen gerichtlich untersagt. Jetzt hat die „Liga“ eine Privatdetektei beauftragt, die Frau zu suchen. Frau Pamurova war abgeschoben worden und mit Unterstützung des Rom e. V. zurückgekehrt. Die Stadt Köln will kein Bleiberecht gewähren. Bild: Plakate gegen die Abschiebung von Frau Pamurova am Kölner Rathaus. — (jöd, Bild: af/mz)

Bosch baut übertarifliche Zulagen und betriebliche Sozialstandards ab

Hildesheim. Am 1. April rief die IG Metall — nach langem Drängen seitens der Vertrauensleute und Betriebsräte — die Beschäftigten von Bosch/Blaupunkt in Hildesheim zu einer Protestkundgebung gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung auf. 3500 Kolleginnen und Kollegen der Früh- und Normalschicht folgten diesem Aufruf. Zahlreiche Redner verurteilten den gnadenlosen Arbeitsplatzabbau. Fehlende Konzepte der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik gegen Konzerndominanz und Mißmanagement wurden kritisiert. Einige Redner forderten alternative, kommunale oder regionale Wirtschaftskonzepte.

Zur Situation bei Bosch/Blaupunkt: Nach dem Kahlschlag in der Metall- und Elektroindustrie — in Hildesheim wurden in den letzten zwei Jahren ca. 3200 Arbeitsplätze abgebaut — folgt jetzt der Sozialabbau im Bosch-Konzern. Den Beschäftigten platzt der Kragen, sie nehmen die einseitigen Kündigungen der Betriebsvereinbarungen nicht hin. Bisher sind zahlreiche Vorhaben bezüglich Kürzungen und Abbau geplant:

1. Die Tariferhöhung zum 1.4.93 von 3% sowie der Lohnausgleich für die 36-Stunden-Woche von 2,78% soll voll auf die übertariflichen Zulagen angerechnet werden. Dies entspricht ca. 140 bis 170 DM an Lohnsenkung im Monat für alle Zeitlöhner und Angestellten.

2. Für alle Akkordlöhner im Schichtbetrieb sollen die übertariflichen Zula-

gen wegfallen. Seit 35 Jahren gibt es bei Bosch eine Betriebsvereinbarung, die besagt, daß alle im Schichtbetrieb Beschäftigten eine Zulage von 12% erhalten.

Jetzt soll nur noch die tarifliche Schichtzulage gezahlt werden, morgens bis 6.00 Uhr und abends nach 20.00 Uhr. Dies bedeutet für alle Kolleginnen und Kollegen bei Bosch einen monatlichen Verlust von ca. 400 DM.

3. Die AEP (Arbeits- und Erfolgsprämie) soll für 1993 und die weiteren Jahre auf 0 bis 50% gekürzt werden (mittlerer Durchschnitt pro Jahr: 1400 DM an Einbußen).

Die Lohnverluste würden insgesamt zwischen 600 und 800 DM pro Monat betragen. Dagegen gibt es breiten Widerstand. Die Betriebsräte verlangen, sofort an den Verhandlungstisch geholt zu werden, denn es sind weitere Kürzungen im Sozialbereich vorgesehen.

4. Reduzierung des Firmenzuschusses zur Werksverpflegung. Kostet jetzt ein Mittagessen zwischen 3,20 und 5,00 DM, wird es dann wohl zwischen 6,00 und 8,00 DM liegen.

5. Waren die Bosch-Baudarlehen bisher zinsfrei, so will Bosch jetzt Zinsen kassieren.

6. Die Jubiläumsleistungen für 25 oder 40 Jahre Arbeit im Bosch-Konzern (ein bzw. zwei Monatsgehälter und eine Woche Sonderurlaub) sollen gestrichen werden.

7. Bosch-Vorsorgekuren sollen ganz

wegfallen (bei Blaupunkt schon voll gestrichen).

Weiterhin soll die Jagd auf Kranke fortgesetzt werden. Die Lohnfortzahlungskosten von 170 Millionen pro Jahr sollen nachhaltig reduziert werden.

Alle diesbezüglichen Betriebsvereinbarungen sind einseitig von der Konzernleitung gekündigt worden. Die Betriebsräte in Hildesheim sowie Gesamt- und Konzernbetriebsräte haben dies nicht hingenommen und die Sitzungen verlassen. Für sie galt es jetzt vor allem, das Diktat des Konzerns zu brechen.

Am 26. April fuhren aus Hildesheim vier Busse mit 220 Belegschaftsmitgliedern zur zentralen Kundgebung nach Stuttgart. Sie unterstrichen die Bereitschaft der Beschäftigten, nicht alle Kürzungen hinnehmen zu wollen. Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates drückte den Unmut der Belegschaft so aus: „Viele Kolleginnen und Kollegen sind auf die Schichtzulage in ihrer bisherigen Form angewiesen. Auch haben viele die Tariferhöhung von drei Prozent fest in ihr Haushaltebudget eingeplant.“

Nach diesen Protesten wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Ein Ergebnis gibt es noch nicht. Wahrscheinlich wird man sich in Hildesheim in der ersten Maiwoche auf einen Sonnenplan einigen. Der Ausgleich für die 36 Stunden wird gezahlt, die Schichtzulagen schrittweise gekürzt. Alles ist nach unten noch offen. — (mol)



Kiel. Im Zusammenhang mit Warnstreiks im Sanitär- und Heizungsgewerbe sowie dem metallverarbeitenden Handwerk in Schleswig-Holstein demonstrierten 700 Gewerkschafter am 19.4. durch die Kieler Innenstadt. 11,5% Lohnerhöhung ist ihre Forderung. — (aus: *Lokalberichte Kiel*)

Volksbegehren zum Thema „Zukunft braucht Bildung“

München. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) strebt ein Volksbegehren mit dem Motto „Zukunft braucht Bildung“ an. Auf ihrer Landesversammlung Mitte März in Nürnberg beschloß die GEW, ein Volksbegehren einzuleiten. Damit will sie eine umfassende Reform des bayerischen Bildungswesens zur Abstimmung bringen. Wichtigste Punkte sollen sein: Zum einen soll jedes Kind das Recht auf einen Kindergartenplatz erhalten, ohne daß dabei die Gruppengröße erhöht wird. Zum zweiten soll eine Klassenhöchststärke von 30 durchgesetzt und später auf 25 gesenkt werden. Außerdem fordert die GEW mit dem Volksbegehren mehr Demokratie und Autonomie für die Schulen. Konkret bedeutet dies mehr Freiheit beispielsweise bei der Unterrichtsgestaltung. „Soziales Lernen statt Pauken ist heute wichtiger denn je“, so begründet GEW-Landesvorsitzender Richard Sigel das geplante Volksbegehren. Wichtig ist jetzt für die GEW die Unterstützung anderer Verbände und Parteien, damit das Volksbegehren überhaupt stattfinden kann.

Quelle: *Junge Presse Bayern* — (dil)

HBV: Urabstimmung im Hamburger Einzelhandel

Hamburg. In der aktuellen Tarifrunde im Einzelhandel wird neben Lohn und Gehalt auch der Manteltarifvertrag (MTV) verhandelt. Die Gewerkschaft HBV hat 200 DM mehr für alle gefordert. Zunächst zeigten sich die Arbeitgeber in einigen wenigen Punkten aus dem MTV diskussionsbereit. In der vierten Verhandlungsrunde am 23.4. gab es ein

Angebot: 2,8 % für alle! Das sind 80 DM brutto mehr für eine Verkäuferin in der Endstufe! Für den MTV gibt es kein Angebot, höchstens das, ihn so zu lassen, wie er ist. Die Arbeitgeber sagten deutlich, daß ein Ausgleich der Preisteigerungsrate nicht in Frage komme. Die HBV hat am 27.4. die Urabstimmung beschlossen. — (wah, scc)

Siemens: wieder Vorreiter für Arbeit am Samstag

Karlsruhe. Die Werkleitung hat in den Karlsruher Siemens-Werken für einen wichtigen Bereich — die Leiterplattenfertigung — regelmäßige Samstagsarbeit durchsetzen können. Den Forderungen des Konzerns nach höheren Maschinenlaufzeiten konnte sich der Betriebsrat angesichts der andauernden Drogungen aus dem Hause Siemens nicht mehr entziehen. Jetzt arbeitet ein Teil der Belegschaft im Vierschichtbetrieb, der in Früh- und Spätschicht jeweils den Samstag mit einschließt und in der Nachschicht bereits Sonnagnacht beginnt. Gekördert wird damit, daß nach einer Woche Früh-, Spät- und Nachschicht eine Woche arbeitsfrei ist. Für den gesamten Konzern sollen ab 1.10. alle nicht tariflich gesicherten Lohn- und Gehaltzzulagen im tariflichen Bereich um zehn Prozent gekürzt werden. Die Konzernzentrale errechnet daraus jährliche Einsparungen von 20 Millionen DM. Kommen die Kapitalisten durch mit diesem Vorhaben, so bedeutet das für rund 65 Prozent der Angestellten im Konzern und für 30 Prozent der Arbeiter direkte Lohnsenkungen. Weiter hat Siemens vor, Ansprüche auf Zusatzurlaub für Jubilare, Belegschaftsaktien für Rentner usw. ebenfalls zu streichen.

— (map)

„Da gibt es nur eine Antwort — und die heißt GEGENWEHR!“

Stuttgart. 40000 Menschen nahmen nach Angabe des DGB an der Protestaktion am 24. April in Stuttgart teil; mobiliert wurde in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Viele rote Transparente mit kämpferischen Parolen bestimmten das Bild auf dem Schloßplatz.

Siegfried Pommerenke, der Vorsitzende des DGB Baden-Württemberg, wandte sich gegen die unverfrorenen und brutalen „Angriffe auf unseren materiellen und sozialen Besitzstand“. Die einzige mögliche Antwort sei Gegenwehr: gegen Karentage und Reduzierung der Lohnfortzahlung, gegen Arbeitsplatzabbau und Privatisierung, gegen illegale Beschäftigung und Werkverträge.

Der Vorsitzende der IG Medien, **Detlef Hensche** rief zur Unterstützung des Arbeitskampfes der Metaller in den neuen Bundesländern auf. Der Vertragsbruch der Metallarbeitgeber sei der bisher dreisteste Angriff auf die Verlässlichkeit der Tarifordnung. Bei alledem gehe es nicht um ein juristisches Prinzip, sondern um die Abwehr sozialer Spaltung. Heute schon sei zu beobachten, daß Belegschaften in west-östliche Konkurrenz zueinander getrieben würden, um Standorte, Investitionen und Aufträge zu sichern. Diesen Spaltungstenden-

zen könnten die Gewerkschaften nur vorbeugen durch Verteidigung der Tarifbindung und möglichst zügige Verwirklichung gleicher Lebensbedingungen in West und Ost.

Im folgenden dokumentieren wir aus der Rede der stellvertretenden Bundesvorsitzenden des DGB, **Dr. Ursula Engelen-Kefel**.

Drei Jahre nach der deutschen Einheit kämpfen wir für die Erhaltung der Tarifautonomie — und damit nicht nur für Gewerkschaftspolitik, sondern für unsere Demokratie insgesamt. Ich richte von hier aus den dringenden Appell an die Arbeitgeber: Hände weg von der grundgesetzlich geschützten Tarifautonomie! Wir werden sie als Gewerkschaften mit Zähnen und Klauen verteidigen! Die Arbeitgeber wollen mit dem realen Sozialismus in Osteuropa gleichzeitig auch das Sozialstaatsgebot in unserem Grundgesetz über Bord werfen. Wir werden sie daran hindern. Mit uns als DGB gibt es kein Zurück in den Manchester-Kapitalismus des vorigen Jahrhunderts. Es geht den Arbeitgebern nicht um eine einmalige wirtschaftliche Notsituation. Sie wollen jetzt eine Wende in der Tarifpolitik einleiten, von der die Marktradikalen, die großen „Deregulierer“ schon seit zehn Jahren träumen. Sie fangen im Osten an. Aber, Kolleginnen und Kollegen, im Osten wird geprobt — für die Uraufführung in ganz Deutschland. Deshalb kann unsere Parole nur heißen: Wenn im Osten gekämpft wird, dann muß im Westen Unruhe herrschen! Ich rufe Euch hiermit zum Widerstand auf!

Wo der Tarifvertrag nicht gilt, sind die Arbeitnehmer schutzlos. Das spüren hundertausende von Beschäftigten aus osteuropäischen Ländern, die in Werkverträgen hier arbeiten. Unabhängig davon, ob legal oder illegal: Hungerlöhne von einer bis zu 10 Mark sind die Regel. Arbeits- und Sozialrecht sowie Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz sind für diese Arbeitnehmer Fremdwörter. Die Arbeitnehmer werden gegeneinander ausgespielt. Wer den niedrigsten Lohn verlangt, der bekommt den Job. Der Kündigungsschutz wird eingeschränkt — private Sklavenhändler betreiben die Arbeitsvermittlung. Wir werden den Kampf um die Tarifautonomie aufnehmen und gewinnen. Es ist höchste Zeit, daß in dieser kritischen und bedrohlichen Situation die Wende eingeleitet wird: — für die Erhaltung der Tarifautonomie und die Sicherung unserer rechtsstaatlichen Demokratie; — für eine soziale Politik in Deutschland und — für eine entschlossene Beschäftigungspolitik. — (aus: *Kommunale Berichte Stuttgart*, aus der Landespolitik)



Demonstration in Dortmund. (Foto: Manfred Scholz)

Jungheinrich: Bilanzgewinn abgelehnt

Hamburg. Die fünf IG Metall Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Jungheinrich AG haben in der Aufsichtsratssitzung am 28.4.93 den Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinnes in Höhe von 22 Mio. DM abgelehnt. Mit der nachfolgend wiedergegebenen Stellungnahme zum Jahresabschluß 1992 haben sie ihr Abstimmverhalten gegenüber der Belegschaft dargelegt.

Angesichts der angekündigten Angriffe auf übertarifliche Lohn- und Gehaltsbestandteile sowie der Entlassung konzernweit von ca. 450 KollegInnen ist dieses öffentlich gemachte Abstimmverhalten — natürlich hat die Kapitalseite mit ihrer Stimmenmehrheit sich den Profit übergescheffelt — für die Betriebsräte eine Rückenstärkung bei der Widerlegung des Argumentes, es gäbe jetzt in der Krise kein Geld mehr.

„Wir ... erheben folgende Einwendungen:

1. Neben fehlender Bereitschaft für die zusätzlichen Investitionen zur Kapazitätsausweitung und damit zur Sicherung der Beschäftigung wie z. B. Erweiterung des Hubgerüstzentrums am Standort Norderstedt und Erweiterungsbaute (z. B. Bürogebäude, Schulungszentrum) zur nachhaltigen Sicherung des Standortes Wandsbek wurden auch noch die geplanten Investitionen, die im Aufsichtsrat ... notwendig erachtet und beschlossen waren, als ergebnissichern-

de Maßnahme verkürzt bzw. nicht durchgeführt.

Diese Maßnahmen führen zwar zur Optimierung des Bilanzergebnisses, aber sie bedeuten auch Gefahren für die Existenz des Unternehmens und seiner Mitarbeiter ...

2. Die sonstigen Rückstellungen wurden zu niedrig angesetzt. ... Wenn jetzt entscheidende personelle Maßnahmen anstehen, dürfen die davon Betroffenen nicht benachteiligt werden.

3. Um die versprochene Kontinuität der Dividende einhalten zu können, hat der Vorstand folgende Maßnahmen zum Nachteil seiner Mitarbeiter getroffen:

— Kündigung der Mitarbeitererfolgsprämie ...

— Keine Bereitschaft zum Abschluß einer Betriebsvereinbarung bezüglich Mindestzulagen für die Angestellten.

— Keine Bereitschaft zum Ausgleich der finanziellen Verluste der Belegschaft wegen Kurzarbeit.

— Ankündigung für die Anrechnung des Tarifergebnisses bezüglich ... Weihachtsgehalt und betrieblicher übertariflicher Zahlungen.

4. Die vorgeschlagene Gewinnverwendung, nämlich Ausschüttung von 22 Mio. DM an die Aktionäre, steht in einem von Rezession, Rationalisierung und Personalabbau geprägten Geschäftsjahr 1993 in keinem sinnvollen Verhältnis zu den Rückstellungen und Gewinnrücklagen.“ — (hel)

Hafenstraße: Rechtsentscheid für Standortpolitik

Hamburg. Das Hanseatische Oberlandesgericht (HansOLG) hat in seinem Rechtsentscheid von 16.4.93 entschieden, daß sich die Bewohner der Hafenstraße gegenüber der Hafenrand GmbH nicht auf den Kündigungsschutz des Mietrechts berufen können. Die erklärten Mietverträge, die 1987, vermittelt von Klaus von Dohnanyi, zwischen der Hafenrand GmbH und dem Verein Hafenstraße abgeschlossen wurden, entsprachen nicht dem allgemeinen Mietrecht. Sie wurden aufgrund eines Befreiungswesens 1989 von der stadteigenen Hafenrand GmbH gekündigt. Die Mietverhältnisse der einzelnen Bewohner hatten aber weiter ihre Gültigkeit aufgrund des Urteils des BVerfG, welches besagte, daß bei einer gewerblichen Zwischenvermietung die Untermieter auch gegenüber dem Grundeigentümer trotz entgegengestehender Regelung vollen Kündigungsschutz genießen. Das Amtsgericht Hamburg folgte in seinen Urteilen dieser Auffassung des BVerfG mehrheitlich. Innerhalb der zweiten Instanz beim Landgericht wurde ein Rechtsentscheid beim HansOLG eingeholt. Das HansOLG hat entschieden, daß der volle Kündigungsschutz nur gelten soll, wenn der Vertrag zwischen Grundeigentümer und Zwischenvermieteter „dem Vermietungsinteresse“ des Grundeigentümers dient. Dies wurde bei den Bewohnern der Hafenstraße verneint, der Vertrag soll hier „der eigen-

verantwortlichen Instandsetzung und Verwaltung“ gedenkt haben.

Die Entscheidung bringt das Interesse der Standortpolitiker zum Ausdruck, welches nicht in der Herstellung ordentlicher Mietverhältnisse bestand, sondern in der vorübergehenden Befriedung der damaligen Auseinandersetzung, die eine große Öffentlichkeit hatte. Der Rechtsentscheid entspricht dem Verlangen des Senats, dessen 1. Bürgermeister Voscherau meinte, „die Mühlen des Rechtsstaats mahlen langsam, aber fein“, und Innensenator Hackmann (SPD), „er sei schon vor der Verhandlung sicher gewesen, daß die OLG-Entscheidung so ausfallen würde“. Mit den Worten „Der Weg ist frei“ bezeichnete Dirksen, Hafenrand GmbH, die Entscheidung. Er soll im Auftrag der Stadt an der sogenannten Perlenkette Hamburgs den „Schandfleck“ beseitigen und 180 Sozialwohnungen errichten mit kurzer Sozialbindung.

Nicht nur für die Bewohner der Hafenstraße ist der Rechtsentscheid eine Katastrophe, sondern auch für die Bewohner des Stadtteils St. Pauli. Mit dem Abriß der Häuser und den Bebauungsplänen für St. Pauli ist die Perlenkette geschlossen. Vorgesehen sind Bürogebäude und Sozialwohnungen. Schon heute liegt der Neuvermietungspreis für Mietwohnungen um 20 DM pro Quadratmeter. Die CDU fordert sogar, dort nicht sozialen Wohnungsbau zu betrei-

ben, sondern freifinanzierten Wohnungsbau. Mit dem Wohnungsbau in St. Pauli soll erreicht werden, daß in unmittelbarer Nähe von Konzernverwaltungen Wohnraum zur Verfügung steht, um die Mobilität und Flexibilität von Angestellten zu gewährleisten. Dieser Wohnraum, der in unmittelbarer Nähe zur Innenstadt liegt, ist heute noch bewohnt von Arbeitskräften, die nicht für Konzernverwaltungen gebraucht werden. Schon der hohe Anteil der ausländischen Bevölkerung von 34,4 % macht dies deutlich. Die Verteilung der armen Leute durch Anstieg der Mieten, der Gewerbeosten, der Bodenpreise und somit auch der Lebenshaltungskosten ist das Ziel der Standortpolitik. Nicht die Existenz der Hafenstraße ist die Triebkraft des Senates, sondern der räumliche Standort in Hamburg. Daher ist es auch zweifelhaft, ob es den Bewohnern gelingt, durch die Bildung einer Genossenschaft die Häuser zu erhalten und damit ihr Modell. Dafür ist die politische Kritik an dem Senat und der Standortpolitik zu schwach entwickelt. Eine Verteidigung der Interessen der armen Bevölkerung steht nicht im Mittelpunkt der Politik der Hafenstraße, sondern ihre Lebensauffassung als Kultur.

Die Anwälte der Bewohner der Hafenstraße prüfen jetzt eine Klage beim BVerfG.

Quellen: *Mopo*, *Hamburger Abendblatt*, Pressemeldung Mieter helfen Mieter — (jöh)

Kurz berichtet

Gerechtigkeitskomitees gründen Bundesverband

Auf der ersten zentralen Konferenz am 24.4. haben die Delegierten der Gerechtigkeitskomitees einen Bundesverband gegründet, eine entsprechende Satzung und eine politische Erklärung verabschiedet. Der Status als gemeinnütziger Verein soll angestrebt werden. 135 der 168 Delegierten stimmten der Satzung zu, 20 stimmten dagegen und 13 enthielten sich. Auf Kritik war unter anderem die Formulierung gestoßen, der Bundesverband handele „im Rahmen des Grundgesetzes“. Die 68 arbeitenden örtlichen Komitees bleiben aber eine Bürgerbewegung. Niemand setzte sich für die Umwandlung in eine Partei ein. Gregor Gysi legte in seiner Rede ebenfalls dar, daß die Gründung einer „Gerechtigkeitspartei“ nicht möglich sei und die PDS zu den Wahlen offene Listen anstrebe. Wie die Gerechtigkeitskomitees sich an den Wahlen beteiligen werden, ist noch offen. Von den Gründermitgliedern nahmen nur G. Gysi, Käthe Reichel, Friedo Solter und Heinrich Fink teil. Diestel wie auch die zahlreichen prominenten Erstunterzeichner — viele davon aus dem Westteil — nahmen nicht teil. — (chk)

Maiveranstaltungen in Berlin nicht überzeugend

Geringer als erwartet war der Andrang zur Maidemonstration des DGB. Meldungen über 30 000 Teilnehmer können nur als sehr großzügige Schätzungen gewertet werden. Die Streiks in der ostdeutschen Metallindustrie führten nicht zu vermehrter Aufmerksamkeit. Zwar fand insbesondere Yilmaz Karahasan als Sprecher für den Vorstand der IG Metall deutliche Worte. Jedoch konnte auch er die Stimmung nicht umbiegen. Die Veranstaltung ist nun mal mehr und mehr zu einer Art Volksfest geworden. Selbst etliche Gewerkschaftsfunktionäre aus den Vorständen glänzen offensichtlich durch Abwesenheit. Wiederum waren es die ausländischen Organisationen, die viel zur Rettung der Veranstaltung beitrugen. Was ohne sie bleiben würde, ist mehr als fragwürdig.

Auch der sogenannte „Zug der Widerspenstigen“ (PDS) konnte das Bild nicht verbessern. Viele der Teilnehmer dieses Zuges waren zwar mit sich zufrieden. Aber ob das reicht? Blieben die Hoffnungen zumindest eines Teils der Linken auf den autonomen/revolutionären 1. Mai in Kreuzberg. Diesmal sollte der Zug, gemeinsam von West- und Ostlinken organisiert, von Kreuzberg aus durch Berlin-Mitte hindurch bis zum Prenzlauer Berg führen. Jedoch endete auch dieses Unternehmen enttäuschend. Die endlosen seit Januar auf dem Vorberichtsplenum vorgetragenen Streitereien setzten sich auf der Demonstration fort. Das Resultat: Abbruch der Veranstaltung, kaum daß sie richtig begonnen hatte. — (brr)



Rund 200 000 Gewerkschafter haben am 24. April in Leipzig, Potsdam, Hamburg, Stuttgart, Nürnberg, Köln und Dortmund unter dem Motto „Gegenwehr“ gegen die Kündigung der Ost-Tarifverträge demonstriert. Allein in Leipzig kamen 50 000 zur Großkundgebung auf dem Leipziger Augustusplatz. Im Sternmarsch waren die aus Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt aber auch aus Hessen angereisten Teilnehmer durch Leipzig zum Veranstaltungsort marschiert. Einig waren sich die Kundgebungsteilnehmer, daß Ostdeutschland nicht zum Experimentierfeld für den sozialen Kahlschlag werden dürfe. Was heute in Sachsen passiert, geschieht morgen in den Altbundesländern. Der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler sprach von einem „Arbeitgeberputsch gegen die Tarifautonomie.“ — (sta)

Protest gegen Massenabschiebungen

Am 28.4. beteiligten sich mehrere hundert Menschen an einer Protestaktion am Flughafen Berlin-Schönefeld. Sie richteten sich dagegen, daß seit Wochen dort in aller Stille täglich zwischen 100 bis 150 Flüchtlinge abgeschoben werden. Grundlage ist der „Rückführungsvertrag“ den die Bundesregierung mit Rumänen im letzten Jahr abgeschlossen hat.

Die Regelung richtet sich vor allem gegen Roma. Diese werden in den letzten Jahren in Rumänien verstärkt verfolgt. Viele wurden gezielt entlassen. Von den Medien werden sie als Sündenböcke für die soziale Misere behandelt. Rassistische Angriffe auf offener Straße, bis hin zu örtlichen pogromartigen Ausschreitungen häufen sich.

Mit dem „Rückführungsabkommen“ setzt sich die Bundesregierung über diese Fluchtgründe hinweg. Sie liefert die Menschen direkt wieder der Verfolgung aus. Hilfsorganisationen berichten, daß Flüchtlinge bei Ankunft in Haft genommen werden. Familien werden getrennt, Männer bleiben teilweise in Haft, Frauen kommen in Lager und Kinder in Heime. Ein in der BRD gestellter Asylantrag soll Haftgrund sein.

Die Abschiebungen laufen „generalstabsmäßig“ ab: In verschiedenen Regionen der BRD aufgegriffene Roma werden in Bussen nach Berlin transportiert. In abgeschirmten Transiträumen werden sie vom BGS bis zur zwangswise Verfrachtung in die Flugzeuge bewacht. Flüchtlingsorganisationen können keinen Kontakt aufnehmen.

Bei der Kundgebung am Flughafen erinnerte B. Klarsfeld daran, daß die Roma neben Juden Ziel der faschistischen „Endlösung“ waren. In Vernichtungslagern und bei Zwangsarbeite sind über 100 000 rumänische Roma umgekommen. Wiedergutmachungsleistungen haben Roma nie erhalten. — (ard)

Initiativen zum Erhalt des Palastes der Republik

Am 7.4. 1993 wurde in Berlin die Initiative „Spreeinsel“ ins Leben gerufen, die es sich mit ihren rund 300 Teilnehmern zur Gründungsversammlung zur Aufgabe machte, den Widerstand gegen die von Bonn beschlossene radikale Umgestaltung der Stadtmitte Berlins ohne demokratische Beteiligung der Bevölkerung zu organisieren. Sie setzt sich für die Korrektur der Abrissentscheidung ein. Unter dem Dach der Initiative bildete sich das Bürgerkomitee „Linke Ecke pro Palast“, das ab Mitte April an jedem Wochenende eine „sanfte Belagerung“ des Palastes anstrebt. Das Komitee will Demokratie von unten und gegen die Willkürentscheidung Stimmen und Kräfte sammeln. Es geht davon aus, daß der Palast denen gehört, die ihn zu DDR-Zeiten bezahlt und genutzt haben. Es kann sich dabei — wie Umfragen beweisen —, auf den Willen vieler Berliner stützen, die den Abriß ablehnen. Der Initiative schlossen sich namhafte Politiker, Architekten und Künstler an. — (abe)

Die PDS-Wahlstrategie für 1994, Fragen und Antworten

Die PDS-Führung stellte der Basis in einem gemeinsamen Beschuß von Bundesvorstand und Parteirat vom 4. April 1993 den Entwurf einer Wahlstrategie der PDS für das Wahljahr 1994 vor. Nachdem Basisvertreter vor allem die Art und Weise der Veröffentlichung kritisierten, ist der Beschuß nun seit dem 8. April für alle zugänglich (s. Pressemitteilung der PDS, Nr. 14 vom 8.4.93). Er soll auf der 2. Tagung des 3. PDS-Parteitages diskutiert und beschlossen werden. Mit der formulierten Zielstellung für die Wahlen 1994, in das Europäische Parlament und den Bundestag einzuziehen, wird ein Ausgangspunkt gesetzt, der von den PDS-Mitgliedern und der PDS nahestehenden BürgerInnen allgemein begrüßt wird. Angesichts der politischen Entwicklung in der BRD, des Sozial- und Kulturausbaus, der Unterminierung der Gewerkschaften und der Verfestigung der unterschiedlichen Lebensverhältnisse zwischen West und Ost und „Oben“ und „Unten“, der Zusitzung der Probleme in weiten Teilen Europas und der sogenannten 3. Welt, der ökologischen Krise und der globalen Probleme ist eine linke Kraft in diesen Parlamenten dringend erforderlich. Aktuelle Ereignisse und Entwicklungen wie die Rezession in der Wirtschaft, die Diskussion um den Solidarpakt, die Aktivitäten der Bundeswehr in Somalia und Jugoslawien unterstreichen die Notwendigkeit einer linken antikapitalistischen Opposition.

Daß die Beschlüsse des Programm-Parteitages im Entwurf nur bedingt reflektiert werden, wird mit dem Hinweis begründet, Wahl- und Parteiprogramm müßten sich hinsichtlich ihrer Zielstellung unterscheiden. Allerdings scheint insbesondere der progressive Parteitagsbeschuß „Für eine Wiederaneignung der Politik durch die Partei“ weitgehend unberücksichtigt geblieben zu sein. Stattdessen wird auf eine Konzeption von starken populistischen PDS-Politikern und anderen Persönlichkeiten gesetzt, die zur Brechung der Fünfprozent-Hürde beitragen können, bzw. mit denen bei Nichterreichen der fünf Prozent wenigstens drei Direktmandate in Ostberlin errungen werden können.

Politische Aussagen im erwähnten Beschuß werden im Strategiepapier nur verwässert wiedergegeben. Um den formulierten Anspruch „eine alternative und systemkritische sozialistische Bewegung“ aus der heutigen sozialen und politischen Realität verwirklichen zu können, müßte sich der vorliegende Entwurf stärker als bisher den gesamtdeutschen Problemen zuwenden. Die Chancen der PDS, sich im Wahlkampf 1994 weiter zu einer modernen sozialistischen Partei zu profilieren, werden von dem Vermögen abhängen, wie globale und nationale Entwicklungen mit Problemen einzelner Regionen, gesellschaftlicher Zielgruppen und politischer Verhältnisse differenziert reflektiert und politisch umgesetzt werden können.

Die Wirkungsmechanismen des Kapitalismus haben sich inzwischen wieder voll in Gesamtdeutschland entfaltet. Die neue Bundesrepublik ist aber auch, selbst wenn sich das im entferntesten Winkel in der Alt-BRD noch nicht rumgesprochen haben sollte, nicht mehr die alte. Mit dem Vollzug der Einheit Deutschlands und auch mit dem Zusammenbrechen des realen Sozialismus ist nichts mehr so wie es vorher war. Eine Nabelschau ist für die PDS überhaupt nicht angebracht.

Im Entwurf fehlen vor allem präzise Aussagen anzustrebender politischer Ziele. Gestützt auf das Programm der PDS, das „Widerstand gegen sozialen und politischen Rückschritt“ als Anspruch definiert, gewinnt „(die PDS) ... ein eigenständiges politisches und strategisches Profil jenseits traditioneller kommunistischer Partei- und Politikvorstellungen sowie eines Sozialdemokratismus, der sich letzten Endes auf die ... Korrektur der kapitalistischen Profitgesellschaft beschränkt“ (Zitat: Strategiepapier).

Nur worin besteht dieses „eigenständige Profil“? Niemand bestreitet, daß die „Linke“ in der Alt-BRD häufig zerstritten ist, Ambitionen hat und sich keineswegs wie ein zahmes Kaninchen aufführt. Wenn die PDS nach der überreichten „Rückkehr“ nach Deutschland, die einen Aufschwung des Nationalismus

und Rechtsextremismus förderte, weiter eine Rolle spielen will, muß sie eine Antwort darauf geben, was das für ein Land ist, in dem wir gegenwärtig leben, wohin es gehen wird. Viele Menschen denken auch in der Alt-BRD darüber nach, wohin dieses Land steuert. Das sind die gleichen Fragen, die sich ebenfalls viele Menschen in Ostdeutschland stellen, nur daß diese noch durch andere ergänzt oder gar schärfer gestellt werden müssen. Viele denken darüber nach, wie die Gefahr einer Faschisierung der Bundesrepublik gebannt werden kann. Wenn die faschistischen Kräfte anstreben, zu den Europawahlen einen Durchbruch zu erzielen, muß die PDS — stärker und deutlicher, als das im Strategiepapier gegenwärtig zum Ausdruck kommt — einen Beitrag in der Auseinandersetzung mit den faschistischen Kräften bundesweit und besonders in Ostdeutschland leisten.

In der Bundesrepublik existiert eine vielschichtige, oftmals noch unstrukturierte, aber in Fragen des Antifaschismus hochsensible Protestkultur, die wesentlich von den Gewerkschaften und den Kirchen getragen wird. Für sie ist die Auseinandersetzung mit Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus eine Schlüsselfrage für die weitere demokratische Entwicklung. Verfolgt die PDS beharrlich ihre erklärten Ziele, eine systemkritische, für den demokratischen Grundkonsens der Gesellschaft, d.h. vor allem Verteidigung des Grundgesetzes, eintretende Kraft zu sein, kann sie sich sicher im Ansehen der Menschen als eine bundesweit notwendige politische Partei etablieren. Die Aktivitäten der PDS-Bundestagsfraktion in Sachen des Paragraphen 218 und ihr Widerstand gegen die beabsichtigten Bundeswehr-einsätze „out of area“ haben dazu schon wesentlich beigetragen. Träger gesellschaftlichen Widerstandes zu sein, sollte für die PDS heißen, politische Alternativen zu zeigen, und für eine Sammelbewegung demokratischer und linker Kräfte, die sich in ihren Bestrebungen und Absichten in anderen Parteien (z.B. der SPD) nicht wiederfinden, einzutreten. Das hat aber wenig mit einer in dem Thesenentwurf postulierten „Gerechtigkeitspartei“ zu tun.

Ausgehend von der hier vertretenen These, der exakten Erfassung des Regionalen, sind, aufbauend auf diesen grundsätzlichen Erwägungen, für Ostdeutschland exakt formulierte Ziele anzustreben. Im Osten sind die Probleme der „deutschen Einheit“, wie die Osttarife, die Ostrenten, die Ostsozialgesetzgebung, die Ostkulturentwicklung, die Ostinfrastruktur, die Probleme Bauen und Wohnen, kommunalpolitische Fragen und das Aufbringen von Westlebenshaltungskosten sicherlich ein konkreter Ausgangspunkt, um mit den WählerInnen ins Gespräch zu kommen. Der politische und soziale Niedergang ganzer Regionen, der durch die Treuhandpolitik hervorgerufen wurde, und vor allem die Massenarbeitslosigkeit sind durch regionale Alternativkonzepte zu unterstützen. Dabei werden PDS-Politiker, die ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis gestellt haben, eine besondere Rolle spielen müssen. Jedoch setzt das auf der kommunalen Ebene eine aktive Vorbereitung und Unterstützung voraus. Der ostdeutsche Wähler wird seine Probleme, sein Schicksal in diesem Heran gehen an seine Fragen wiederfinden und zugleich intellektuell und inhaltlich überzeugt werden können.

Alternative Ausgangspunkte werden aber nur wirksam, wenn ihnen die ganzheitliche Betrachtung Gesamtdeutschlands zugrunde liegt. Schärfer als im vorliegenden Entwurf sind die sozialen und politischen Widersprüche in Ostdeutschland zum Ansatz eines alternativen Wahlkonzepts zu nehmen. Deshalb kann es auf der Suche nach Bündnispartnern nicht nur populistische Ausgangspunkte, sondern muß es vor allem inhaltliche Überlegungen geben. Natürliche Bündnispartner, wie die kritischen GewerkschafterInnen, der Arbeitslosenverband, die Mieterverbände, Sozialverbände, Kulturvereine, regionale Bündnisse und Bürgerinitiativen sollten deshalb eine stärkere Rolle bei diesen Überlegungen spielen. Ansonsten droht in PDS/offenen Listen immer wieder der Versuch, neue Fraktionsmehrheiten

zu schaffen, was vom linken antikapitalistischen Politikansatz wegführt und unfruchtbare Debatten mit sich bringt würde. Deshalb sollte den Kreisverbänden eine größere Bedeutung als bisher beigemessen werden. KandidatInnen der PDS werden die WählerInnen nur überzeugen können, wenn sie neben der „großen“ Politik auch die regionalen Besonderheiten, das politische Kräfteverhältnis und die kleinen Sorgen der WählerInnen kennen. Populismus allein wird für einen aktiven Wahlkampf weiter in Ost noch in West ausreichen.

Reicht es deshalb — wie im Entwurf gesagt — aus, festzustellen, daß „die Wählerpotential sehr heterogen ist“ und „in sozialer Hinsicht Intellektuelle überwiegen“? Kommt damit nicht schon die in der PDS eingestandene Schwäche voll zum Tragen, wenn verschwommen festgestellt wird, daß „mit aktiver Antitreuhänder-Position ... auch ArbeiterInnen und Arbeiter angesprochen werden können“? Klar ist, daß die PDS in Betrieben und Gewerkschaften nur schwach vertreten ist. Aber Arbeitslosigkeit, drohender Arbeitsplatzverlust, drohender sozialer Abstieg für alleinerziehende Mütter, lange Anfahrtswege und Verdienste der DM in der Alt-BRD gehörten heute zum angespannten Arbeitsalltag in Ostdeutschland. Wie soziologische Untersuchungen zeigen, geht parallel zur sozialen Verunsicherung eine direkte Abwertung fachlicher Qualifikationen ostdeutscher Arbeiter, Meister und Ingenieure vor sich. Der Rückgang der Patentanmeldungen (nach Angaben des Deutschen Patentamtes) von 1998 im Jahre 1991 auf 1543 im Jahre 1992 ist nicht nur ein Ausdruck des „Niederganges der ostdeutschen Industrie“, sondern vor allem die offenkundige Abwertung wissenschaftlicher und technischer Leistungen in Ostdeutschland. Schärfer als es im Strategiepapier gesagt wird, kann hier eine große soziale Gruppe direkt und unmittelbar angesprochen werden, wenn die PDS entsprechende Alternativen zum Erhalt industrieller Standorte vorlegt.

Ähnliches wäre zur Entwicklung in der Landwirtschaft zu vermerken. Allein mit dem Verweis auf die personellen Schwierigkeiten der PDS ist keine Abhilfe geschaffen. Die Masse der ehemaligen LPG-Bauern ist sozial erheblich degradiert worden. Aus arbeitenden Menschen wurden Arbeitslose, Vorruestandler und von der „Enteignung“ des Bodenreformlandes bedrohte Bauern. Das Dorf im Land Brandenburg überaltert und wird entvölkert. Kein Ansprechpotential für die PDS? Es besteht vor allem die dringende Notwendigkeit, den Bauern die Folgen der rigorosen EG-Landwirtschaftspolitik zu erläutern und sie zum Widerstand zu ermuntern. So gesehen kann eine richtig gestaltete Kommunalpolitik inhaltlich vielseitig entwickelt werden und der Widerstand gegen die Pläne der rechten Kräfte in den Europawahlen bis hinein in die kommunalen Vertretungen getragen werden.

Unzureichend und einseitig erscheint ebenfalls der Hinweis im Strategiepapier auf sozialistische und antikapitalistische Positionen in Kreisen ehemaliger Staats- und Partefunktionäre zu sein. Eine direkte und unmittelbare Ausgrenzung in der Gesellschaft erfahren viele Angehörige der ehemaligen bewaffneten Organe der DDR, nicht nur ehemalige Angehörige des MfS. Alle sie werden mit politischen Rentenregelungen bestraft. Nicht wenige PDS-Basisorganisationen machen sich echte Sorgen um das „Wegbleiben“ ehemaliger Soldaten und Offiziere. Nicht wenige Meinungen gab es, die den MfS-Beschluß als Alibibeschluß betrachteten, was sich im wesentlichen als richtig erwiesen hat. Neue Politikansätze werden nur möglich, wenn die PDS kritisch zu ihrer Geschichte steht und für diesen nicht geringen Teil der Bevölkerung der ehemaligen DDR erkennbar Position bezieht. Auch in diesem Sinne kann die PDS ein deutliches politisches Signal setzen und viele Kräfte gegen rechte Tendenzen in Ostdeutschland mobilisieren.

Die PDS kann in allen lebenswichtigen gesamt- und ostdeutschen Fragen inhaltlich einen wichtigen Beitrag zu einer konkreten Wahlstrategie leisten. Eine effektive und sinnvolle Wahlstrategie dazu aber vorerst nur in Ansätzen vorhanden. — (KJD/abc)

Olympia 2000 in Berlin — der große Bluff

Der folgende Beitrag soll kein Pro und Kontra zu Olympia 2000 in Berlin widerspiegeln, sondern eine Darstellung der Argumente gegen die Vergabe der Spiele nach Berlin aufzeigen. Die zunächst subjektive Herangehensweise der Kritiker wurde durch die weitere genaue Analyse des Bewerbungs- und Durchführungskonzeptes des Berliner Senats weitgehend objektiviert.

Die Idee der deutschen Bewerbung kam von Willi Daume, ehemaliger Präsident des deutschen NOK. Nach dem Fall der Mauer und der DDR wurde sie von Eberhard Diepgen aufgegriffen und umgesetzt. Für Werbung, Vermarktung und Präsentation wurde die Olympia GmbH gegründet. Über die Finanzierung soll hier nichts Näheres gesagt werden, einmal, weil die Rechnungen des Senats zu auffällig von den Angaben linker, aber auch etablierter Gutachter und Stadtplaner abweichen, zum anderen, weil dieser Senat die vom Steuerzahler aufzubringenden Mittel in Höhe von ca. 13 Mrd. DM durch die verfälschende Aufteilung in olympiabedingte und nichtolympiabedingte Aufwendungen auf ca. 3 Mrd. DM herunterdrückt. Diese Manipulation wird in Berlin nicht nur von der PDS hart angefochten.

Die weiteren Argumente richten sich gegen die Behauptung des Senats, die Ausrichtung der Olympischen Spiele wären als „Anschublokotive“ für eine positive Stadt- und Umweltentwicklung, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Entlastung der Wohnungsnot und der Förderung des Breitensports anzusehen. Das Gegenteil ist der Fall.

Statt den öffentlichen Nahverkehr zu erneuern und zügig auszubauen, wird ein ca. 800 Mio. DM teurer Olympia-Express eigens für Teilnehmer, Presse und Offizielle geplant. Das Olympische Dorf wird mitten in ein Naturschutzgebiet gesetzt, die ca. 12000 Wohnungen werden kein Wohnungsproblem bezahlbar mildern. Weite Flächen Berlins werden durch Straßen- und Tunnelbauten umweltfeindlich versiegelt; es bleibt

nichts vom einstmal angedachten ökologischen Stadtumbau. Nicht zuletzt werden die Bodenpreise (jetzt schon horrend) spekulativ in die Höhe schnellen. Zusätzliche Arbeitsplätze sind als kurzfristig anzusehen, fördern Schwarzarbeit, und eine gerechte Tarifpolitik wird weiter ausgehöhlt. Die zusätzlichen finanziellen Mittel werden für ganz andere dringende Aufgaben benötigt, und das schon heute. Hinzu kommt, daß Berlin als künftiger Hauptstadt- und Regierungssitz ohnehin vor nicht zu bewältigenden Problemen steht. Zu den wenigen, markanten — oben erwähnten — Kritikpunkten sei noch die Ausschaltung von bezirklicher Mitbestimmung und die Ignorierung von Bürger- und Bürgerinneninteressen hinzugefügt.

In der PDS, besonders im Westteil Berlins, regte sich schnell Widerstand gegen Olympia 2000 in Berlin. Bei einem ersten Meinungsbild (Januar 91) in der PDS-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses waren zwar noch 2/3 der Abgeordneten für Olympia 2000, eine sich herausbildende Ablehnung mündete in dem Antrag der PDS-Fraktion, die Bewerbung Berlins aus finanziellen Gründen zurückzuziehen. Immerhin sind allein für die Bewerbung ca. 270 Mio. DM vorgesehen.

In der Berliner Partei sah es etwas anders aus. Unter Betonung der Bedeutung für den Sport, noch im Glauben an die Versprechungen des Senats, aber doch bei aufkommender Kritik am vorgelegten Konzept, waren (und sind z. T. noch) viele Parteimitglieder für die Vergabe der Spiele nach Berlin.

Der Landesparteitag im März 1992 lehnte als erstes Diskussionsergebnis das Senatskonzept ab, unter gleichzeitiger grundsätzlicher Bejahung der Spiele. Das stellte aber nur einen äußersten Minimalkonsens dar. Vorerst endgültig wurde das gesamte Olympiaprojekt auf dem Landesparteitag im Oktober 1992 abgelehnt. Das wurde durch intensiv geführte Diskussionen in der Partei, durch öffentliche Veranstaltungen und Info-

nachrichten sowie mehrere Aktionen bewirkt. Die Gegensätze in der Beurteilung prallten besonders zwischen dem AK Ökologie und Stadtplanung als Gegner von Olympia einerseits und der AG Sport als Befürworter andererseits aufeinander (beide innerhalb der PDS). Der AK nahm als erster an der Demonstration im September 1991 teil, zusammen mit der Alternativen Liste und Autonomen. Anlaß war die Anwesenheit des IOC in Berlin. Diese Teilnahme war in der PDS mindestens umstritten, wurde auch bekämpft, brachte aber die Auseinandersetzung so richtig in Schwung!

Den vorläufigen Höhepunkt des Widerstandes stellte die Demonstration am 18.4.93 dar. Der Anlaß war die Anwesenheit der IOC-Prüfungskommission in Berlin. Zu den zahlreichen Aufrufern gehörte auch der PDS-Landesverband. Das Bündnis 90 hatte sich noch „rechtzeitig“ distanziert, weil man dem vom Senat, Presse und auch von Sportlern herbeigeredeten Gewaltaspekt der Demonstration auf den Leim gekrochen war. Es gab einige unerhebliche Zwischenfälle, aber ca. 15 000 Demonstranten drückten eindeutig ihren Protest aus. Es wurde u. a. klar der nationalträchtige (nationalistische) Gehalt von Olympischen Spielen, besonders in Deutschland, erkannt, und auch der Bezug zu den verlogenen völkerverachtenden „Spielen“ 1936 hergestellt.

Im März 1993 reisten Mitglieder der PDS-Fraktion und des AK Ökologie nach Barcelona, um sich ein Bild von den Aus- und Nachwirkungen der Olympischen Spiele 1992 zu machen. Im wesentlichen wurden die Einschätzungen und Befürchtungen für Berlin bestätigt. Der Katzenjammer ist groß, obwohl in Barcelona kaum Widerstand entwickelt worden war; zu groß war die nationale Bedeutung für Katalonien und Spanien.

Fazit: Die Olympischen Spiele sind das Letzte, was wir gebrauchen können.

— (Peter F., PDS Schöneberg / Über die Reise nach Barcelona werden wir in einem weiteren Beitrag berichten, d. Red.)

OSTDEUTSCHER AKTIONSTAG FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT BERLIN · 18. MAI 1993

HERAUS ZUR GROSSKUNDGEBUNG! 17.00 UHR · ALEXANDERPLATZ

Ab 14.00 Uhr Informationsstände und Kulturprogramm · Schriftsteller und Künstler signieren ihre Werke · Versteigerungen und manche Überraschung

Ganztag Rentnermahnwachen an verschiedenen Orten der Stadt

SOLIDARITÄT MIT DEN SOZIAL SCHWACHEN UND AUSGEgrenZEN UND PROTEST!

AUFRUF

Bürgerinnen und Bürger!

ES IST GENUG! Die Grenzen der sozialen Belastbarkeit sind erreicht. Schluß mit sozialen Ausgrenzungen und einer Politik der Demütigung und Existenzbedrohung! Schluß mit der massenhaften Verlichtung von Arbeitsplätzen, der Diskriminierung von Frauen, mit Berufsverbots und der Milderung der Rechtsansprüche der Rentner! Wir nehmen nicht länger den Kulturbau und die Zerstörung von uns geschaffener Kulturstätten hin, die zu kulturellem Notstand führen. Wir wollen nicht, daß die Jugend durch Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit, durch Mangel an sinnvollen Kultur- und Freizeitangeboten rechten und neonazistischen Gewalttätern in die Arme getrieben wird. Wir wollen nicht, daß immer mehr Menschen zu Konsumverzicht gezwungen sind, während Milliarden für Rüstungsprojekte und militärische Einsätze, für Diktatorhöhungen, Steuergeschenke für Reiche und Privilegierte sowie für Regierungsbauten verschwendet werden. Soziale Gerechtigkeit wird gegenüber Hunderttausenden missachtet. Die Bundesregierung hat bisher keine einzige belegbare Ungerechtigkeit korrigiert und fügt bestehendem Unrecht ständig neues hinzu. Deshalb rufen wir auf zur GROSSKUNDGEBUNG FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT! Alle, die für ostdeutsche Interessen in den verschiedenen Vereinen, Gewerkschaften und auch Parteien kämpfen, sollten sich an diesem Tag zusammenfinden! Wir rufen auf zu mehr Selbstbewußtsein und demokratischem Widerstand, gegen Resignation und Leidgut! Unser Weg zu sozialer Gerechtigkeit besteht aus Schritten, die wir selber gehen müssen! Niemand kann uns das Recht nehmen, gegen Unrecht zu streiten!

Wir demonstrieren gegen:
die unerträgliche Massenarbeitslosigkeit
das Aushebeln gewerkschaftlicher Rechte und gegen Tarifbetrug
Mietwuchs und unbelastbare Wohnungen
Berufsverbote, Abwicklung und Abstrafung für die Erfüllung beruflicher Pflichten
Rentenkürzungen, Rentenstrafrecht und Rentenungerechtigkeit
die Diskriminierung der Frauen und den Paragraphen 218
Bildungs- und Kulturnotstand
massenweise Enteignung der Ostdeutschen von ihren Grundstücken etc.
Gewalt und Rechtsradikalismus.

Wir fordern:
bezahlte Arbeit statt Arbeitslosigkeit
bezahlbare Wohnungen und keine weiteren Mietertreibungen
Zurücknahme der für 1994 vorgesehenen Beschaffungsentschädigungen
ein neues Rentenrecht und gerechte Rentenzahlung
Selbstbestimmung der Frauen über Beruf und Familie
Schluß mit der politischen Strafverfolgung und mit Berufsverbots
Verbreitung humanistischer Bildung und Kultur, an der auch Menschen mit geringem Einkommen teilhaben können
Schluß mit der Lüge von den immer neuen „Altschulden“
Mitbestimmung der Bevölkerung bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens, verstärkte Kontrolle gegen Bereicherung und Spekulation, Durchsetzung der Gesetze gegen Betrüger und Gewalttäter.

DIE POLITIK DER BUNDESREGIERUNG IST GESCHEITERT! DIE VERSUCHE, DEN „AUFSCHEWUNG OST“ HERBEIZUREN, SIND WIRKUNGSLOS. DOCH DIE HISTORISCHE CHANCE DER EINHEIT DARF NICHT VERSPIELT WERDEN. WIR SIND BEREIT, AN EINER PROGRESSIVEN POLITIK IN DEUTSCHLAND MITZUWIRKEN!

KOMMT AM 18. MAI AUF DEN ALEXANDERPLATZ!

Unterstützt den Widerstand, verbreitet diesen Aufruf!

Zum zweiten ostdeutschen Aktionstag für soziale Gerechtigkeit rufen verschiedene ostdeutsche Organisationen und Parteien auf; auch Berliner Gewerkschaftsgruppen haben ihre Unterstützung bekundet. Im vergangenen Jahr waren über 10000 erschienen. Der Aktionstag beginnt um 14 Uhr auf dem Alexanderplatz mit Informationsständen und Kulturprogramm, um 17 Uhr findet dann die eigentliche Kundgebung statt. Am selben Tag finden an verschiedenen Orten Berlins Rentnermahnwachen statt. Der Aufruf ist bisher unterzeichnet vom Demokratischen Frauenbund e. V., Senioren-Schutz-Bund (SSB) „Graue Panther“ e. V., Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) e. V., Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Initiative für die volle Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote. — (har)

Beobachtungen in der ersten Woche des Modrow-Prozesses

Unter der Überschrift „Der Show-down läuft. Beobachtungen in der ersten Woche des Modrow-Prozesses“ hat die Schweizer Journalistin Vera Rüttimann ihre Eindrücke festgehalten. Wir haben den Artikel der Berliner Linke Nr. 17 vom 29. April entnommen und aus Platzgründen etwas gekürzt. — (har)

Dresden, im April. Gewitter im Anzug. Der April schlägt seine Kapriolen. Es brodelt in der Stadt. Oder liegt das an was anderem, das diese Tage aus dem Rahmen des Alltäglichen herausbrechen läßt? Ich denke ja. Was sich die Justiz mit dem Prozeßverfahren gegen Hans Modrow leistet, ist doch ein starkes Stück. Für die Mitglieder der PDS, enge Freunde in In- und Ausland, aber auch für Politiker wie Egon Bahr („der Prozeß, ein Treppenwitz“) sind alle düsteren Vorausannahmen handfeste Tatsachen geworden. Für viele in diesem Land steht die Logik Kopf. Im Vorfeld des Prozesses ziehen die beteiligten „Parteien“ noch einmal alle Register ihres Könnens. Der Bündnis 90-Abgeordnete Michael Arnold, Intimfeind Modrows, verschießt noch einmal giftige Pfeile mit den „Monitor“-Vorwürfen. Die PDS-Bundestagsgruppe hält in Dresden eine Krisensitzung ab und in sämtlichen größeren Städten verkleistern die PDS-Stadtorganisationen den restlichen Bestand an Modrow-Wahlplakaten...

Der erste Tag des Prozesses. Vor dem Landgerichtsgebäude. „Spießrutenläufen“ für Modrow durch ein Dickicht von Nelken. Gekommen sind der harte Kern der PDS-Sympathisanten, ältere Genossen, die einen weiten Weg auf sich nahmen, um ihren Genossen und Freund nicht ganz allein der geifrigen Fotografenmeute zu überlassen, die jeden Augenschlag von Modrow festhalten will. Vermißt wurde aber auch manches Gesicht, das man hier gerne gesehen hätte. Während einem die Objektive um die Ohren gehauen wurden, ging einem den-

noch der Gedanke durch den Kopf, daß dieser Prozeß auch ein gehöriger Schuß in den Ofen werden könnte. Denn Hans Modrow genießt viele unterschwellige Sympathien in diesem Land, mit diesem Prozeß scheint der Flurschaden beim Vertrauen in den sogenannten Rechtsstaat weiter zu wachsen. Zudem ist auffällig, daß selbst bürgerliche Medien von ihrem dröhnen-polternden Ton in eine etwas differenziertere Tonlage gewechselt sind.

Erste Verhandlungsstunde. Während Staatsanwalt Ulrich Meinertshagen mit brüchiger Stimme die Anklage verliest, Modrow über das Sächsische Staatswapen zu meditieren scheint, entsinnen sich nicht wenige Korrespondenten der Attribute, die ihre Zeitungen diesem Mann einst verliehen: SED-Geheimtip, stiefmütterlich behandelter ZK-Funktionär, hochstilisierte Hoffnungsträger, beliebtester DDR-Politiker, „Konkursverwalter“, „ideologischer Brandstifter“, nun: Angeklagter. Modrow ist zum Symbol des Wandels im neuen Deutschland geworden. Der Kollege von der Neuen Zürcher Zeitung erklärt ernst, daß dieser Prozeß, sein Ausgang sowie die Argumentation der Richter, Staatsanwälte, Verteidiger und Angeklagten ein ungemein wichtiges Schlaglicht auf den Zustand wirft, in dem sich Recht und Demokratie befinden. Besser: mit welcher Seriosität, Ernsthaftigkeit und Sachlichkeit sich dieses Land seiner jüngsten Vergangenheit annehmen. Das Ausland darf also gespannt sein.

In den heiligen Gerichtsgängen hört man immer wieder die Meinung, daß die Justiz nach den beiden Blamagen mit Mittag und Honecker, wo über alles gestritten wurde, nur nicht um den Sachverhalt, gewaltig unter Erfolgsdruck stünde... Am Ende des 1. Verhandlungstages lächelt Modrow zufrieden. Denn immerhin, Staatsanwalt Meinertshagen gestand ein: es ist ein politischer Prozeß.

2. Verhandlungstag. Aufgeregt Dis-

kussion vor dem Gerichtsgebäude. Jeder hätte doch gewußt, daß Modrow, nach dem Anfang '89 Mittags Truppe in seinem Bezirk eingeritten kam, um dort die parteilichen Richtlinien durchzusetzen, von oben unter großem Druck stand. Und jeder, der Modrows Ehrgeiz kannte, wäre ob einer „richtliniengebenden Weisung“ nicht erstaunt gewesen. Unisono, ruft ein anderer erregt dazwischen, Modrow hätte nie aus Eigenmacht gehandelt...

Gespannt warten Richter und Pressevolk auf Modrows politische Erklärung. Bevor er sie abgeben darf, müssen er und Mit-Angeklagte offen über Vermögensfragen, Gesundheitszustand und Familienverhältnisse Auskunft geben. Eine mühsame Prozedur für die Betroffenen. Zwischendurch machen Gerüchte von einer Bombendrohung die Runde. Die Sicherheitsvorkehrungen werden verschärft. Es dämmert Modrow schon lange, daß er nur auf eine Taktik setzt: Angriff.

Im Gericht klingt das so: „Gestern 1. Sekretär der SED-BL Dresden, heute Mitglied des Deutschen Bundestages. Darum geht es. Das ist für meine politischen Gegner in Parteien rechts von der PDS unerträglich. Und nun“, fährt er mit sarkastischem Unterton fort, „sollen Staatsanwalt und Gericht bewirken, was mit freien Wahlen nicht gelungen ist: Modrow muß raus aus dem Bundestag und die ganze PDS nach Möglichkeit mit!“ Das Spiel, das mit ihm betrieben werde, sei ein ganz perfides. Alle, die dem System in irgendeiner Art und Weise nahe waren, sollen heute auf die eine oder andere Art bestraft werden... Nachdenkliche Stille bleibt zurück. Ich hoffe, glaube und wünsche mir, daß dieser Prozeß, wie auch immer, eine Signalwirkung für die weitere Aufarbeitung und den Umgang mit der jüngsten Vergangenheit dieses Landes haben kann, nein haben muß.

Im Gerichtssaal ist diese nicht zu leisten.

Am 29. April hat der Bundestag mit den Stimmen von Koalition und SPD eine Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) beschlossen. Diese war u. a. notwendig geworden, weil das Bundessozialgericht die generelle Kürzung der „DDR-Renten“ auf 2010 DM abgelehnt hatte. Die jetzt vorgenommene Änderung sieht zwar eine nicht unerwesentliche Erhöhung vor, hält aber grundsätzlich an einer Bestrafung von DDR-Funktionsträgern fest und verstößt weiterhin gegen den Einigungsvertrag. Wir dokumentieren auszugsweise die Presseerklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V. (GBM) vom 26. 4. 93. — (har)

Offensichtlich unter dem Druck der Rentner, ihrer Verbände, von Gewerkschaften und Parteien aus dem Beiritsgebiet sowie von Entscheidungen des Bundessozialgerichts vom 27. Januar 1993 ist die Regierungskoalition nunmehr in begrenztem Umfang bereit, die Kürzung der Renten zu korrigieren... Die GBM erklärt:

1. Die Ungerechtigkeiten bei geringen Rentenansprüchen wie Streichung der Sozialzuschläge, der Blinden- und Pflegegelder sowie Nichtanerkennung freiwilliger Versicherungsbeiträge, die laut Einigungsvertrag dem Bestands- und Vertrauensschutz unterliegen, bleiben weiterhin bestehen. Die Lösung dieses Problems, das im Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur Korrektur des RÜG vom 22. Mai 1992 an der Spitze stand, hat unserer Meinung nach unverändert höchste Priorität.
2. Es wird erklärt, daß die bei der Überführung in das Rentenüberleitungsgesetz vergessenen Betriebsrenten, die von der Treuhand gekappt wurden, in die Änderung einbezogen werden.
3. Auch die Milderung des sogenannten

Fallbeileffekts ändert leider nichts an der herrschenden Rentenungerechtigkeit. Vorgeschlagen wird zwar eine differenzierte Abstufung der Entgeltpunkte in Abhängigkeit vom früheren Gehalt. Doch das ist gleichzeitig eine Festschreibung des politischen Rentenstrafrechts...

4. Die Aufhebung der Entgeltpunktbegrenzung für Beschäftigte in Kreisen und Kommunen ist zu begrüßen. Diese Begrenzung soll jedoch fortbestehen, wenn der Betroffene eine Berufungs- und Wahlfunktion ab Bezirksebene ausübt hat. Es ist sogar eine verschärfende Strafbestimmung, wenn künftig ehrenamtliche Wahlfunktionen zur Kürzung von Rentenansprüchen führen sollen...

5. Wenn die Veränderung der Höchstbegrenzung der Renten von DM 2010 auf DM 2700 auch einen großen Teil der Betroffenen finanziell besserstellen wird, so bleibt der Strafcharakter und die Beschneidung des Bestandsschutzes jedoch grundsätzlich bestehen. Im Gegensatz zum Urteil des BSG vom 27. Januar 1993, das generelle Kürzungen der Renten auf DM 2010 abgelehnt und eine Einzelfallprüfung verlangt hatte, werden diese Änderungen einer globalen und undifferenzierten Kürzung lediglich auf einem höheren Niveau fortgesetzt. Betroffen sind vor allem ca. 1500 Professoren, die sich in Rente befinden. Das ist angesichts der Tatsache, daß jetzt ehemalige Beamte und Berufssoziale des 3. Reiches ihre Pensionsansprüche laut Artikel 131 Grundgesetz erhalten, besonders verwerlich...

6. Die Zeit ist überreif, auch die Altersversorgung der Parteien ohne Diskriminierung der Betroffenen in die gesetzliche Rentenversicherung zu überführen, so wie das im Einigungsvertrag vorgesehen war. Die GBM erklärt: Es gibt keinen Grund, im Kampf für Rentengerechtigkeit nachzulassen, solange die Ausgrenzung alter Menschen nicht beseitigt ist.

Renten-Ungerechtigkeit bleibt bestehen

Am 15. April fand in Berlin ein Gespräch zwischen Vertreterinnen und Vertretern der PDS und des BWK-Vorstandes statt. Im folgenden der Bericht eines BWK-Vertreters über dieses Gespräch.

Die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK hatte sich am 13./14. März mit Fragen der weiteren Zusammenarbeit in der Linken befaßt. Es lag ein Bericht des Präsidiums der Bundesdelegiertenkonferenz vor, der die Tätigkeiten des BWK seit der Gründung darstellte, ein Vortrag eines Vorstandesmitgliedes zu Organisationsproblemen linker Politik und ein schriftlicher Diskussionsbeitrag eines Delegierten dazu (I). In einer Delegierten-Arbeitsgruppe wurde dann ein Antrag zur Zusammenarbeit mit der PDS erarbeitet und auf der Delegiertenkonferenz mit großer Mehrheit verabschiedet.

Dieser Beschuß ermöglicht BWK-Landesverbänden, Arbeitsgemeinschaften bei Landesverbänden der PDS zu bilden, sofern dies alle Beteiligten wünschen. Die Delegiertenkonferenz erklärte, daß ein solches Verfahren wünschenswert ist.

Der Arbeitsausschuß der PDS-Hamburg hatte diesen Beschuß begrüßt. Claudia Gohde vom Parteivorstand der PDS, die auch für die Westkoordination verantwortlich ist, wandte sich in diesem Zusammenhang an den BWK-Bundesvorstand, um auch auf zentraler Ebene Meinungen über ein solches Vorgehen auszutauschen.

Auf Einladung des PDS-Parteivorstandes fand daraufhin am 15. April eine solche Beratung in Berlin statt. An dem Gespräch nahmen von Seiten des PDS-Parteivorstandes Wolfgang Gehrke, Karin Dörre, Martin Harnack, Sylvia-Yvonne Kaufmann und Claudia Gohde teil. Seitens des Hamburger Landesverbandes der PDS waren vertreten Susanne Beyer, Andreas Grünwald und Wilfried Hinz. Seitens des BWK: Jörg Detjen, Martin Fochler, Rüdiger Lötzer und Christiane Schneider.

Auf der Beratung wurde über zwei Themen gesprochen:

- Bildung von Arbeitsgemeinschaften bei der PDS und
- die Vorbereitungen der Parlamentswahlen im kommenden Jahr.

Arbeitsgemeinschaften

Zu Beginn des Gesprächs wurde seitens der PDS die Frage aufgeworfen, was die politische Begründung des BWK für einen Anschluß an die PDS in Form der Arbeitsgemeinschaften auf Landesebene sei?

Die Vertreter des BWK stellten noch einmal kurz die Geschichte des BWK dar, aus der sich zum Teil ein Begründungszusammenhang ergibt, die Spaltung des KBW und die Gründung des BWK mit der politischen Feststellung, daß viele Linke einen Beitrag im Kampf für die Frontbildung gegen die Reaktion leisten. Seitdem sucht der BWK die intensive praktische Zusammenarbeit und programmatiche Diskussion mit verschiedenen linken Organisationen, der KPD/ML und der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, mit dem KB und der MG, dem „Beilagenkreis“, darunter auch der rätekommunistischen FAU/R in Hamburg. Mit der VSP fand ein sich über mehrere Jahre erstreckender Diskussionsprozeß statt. Eine „Plattform für die Zusammenarbeit von BWK und VSP“ wurde von den Delegiertenkonferenzen beider Organisationen verabschiedet. Die programmatiche Grundlagen des BWK im „Standort des BWK in der sozialistischen Programmdiskussion“ sind auch ein Ergebnis der Programmdiskussion mit der VSP.

Auf Initiative der DKP beteiligt sich der BWK an den Roten Tischen und sucht die Zusammenarbeit mit der DKP.

Mit der Einverleibung der DDR ergab sich auch die Notwendigkeit eines Zusammenwirkens mit der PDS. Deshalb beteiligte sich der BWK auch an der Diskussion um die PDS-Kandidatur bei den Bundestagswahlen 1990. Diese Erfahrungen waren für den BWK schlecht. Nach einiger Zeit und nach kritischer Aufarbeitung der Politik der PDS zu den Bundestagswahlen entwickelte sich auf unterer Ebene die Zusammenarbeit mit der PDS in einigen Bundesländern im Westen, aber auch mit der PDS in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen.

Bericht über eine Diskussion zwischen PDS- und BWK-Vorstandesmitgliedern

Diese Zusammenarbeit betrachtet der BWK als positiv. Mitglieder des BWK konnten der PDS beitreten, da sich die PDS entschloß, Doppelmitgliedschaften zuzulassen, im Unterschied zu anderen linken Parteien. Das neue PDS-Programm, mit dem die PDS sich den Kräften des gesellschaftlichen Widerstands zuordnet und einen politischen Linienpluralismus befürwortet, betrachten BWK-Mitglieder ebenso als einen politischen Fortschritt für linke Politik in der BRD wie den Verzicht der PDS auf falsche „Avantgarde-Partei-Konzepte“.

Seitens der PDS wurde gefragt, warum die BWK-Mitglieder nicht einfach in die PDS eintrünen und sich an der laufenden Politik beteiligen?

Hierauf wurde erwidert, daß es der BWK gut fände, wenn andere Strömungen in der PDS ähnlich wie der BWK verfahren würden, z.B. die Erneuerer, der KB oder die Mitglieder der IV. Internationale. Es sei falsch, seine politische Vergangenheit und Identität einfach aufzugeben und nicht mehr in einem gesonderten Diskussionszusammenhang weiterzuentwickeln. Ein solches Verfahren führe auch dazu, daß die Politik von Strömungen in der PDS, aber auch in der Öffentlichkeit nicht mehr transparent und überschaubar sei.

PDS-Vertreter meinten dagegen, daß die PDS eher ein „Schmelziegel“ sei und die angesprochenen Strömungen sowieso nicht in einem relevanten Umfang der PDS beigetreten seien. Es gebe nur wenige Erneuerer und Ex-KBler in der PDS. Diese Mitglieder könnten mit Leuten in der PDS heute oft viel besser zusammenwirken als mit Mitgliedern ihrer früheren „Strömung“.

Ein Vertreter der PDS-Hamburg widersprach dieser These und meinte, daß er sich schon vorstellen könne, daß bei einem Beitritt als „Arbeitsgemeinschaften“ am Ende mehr Leute aus solchen Gruppierungen bei der PDS mitgemacht hätten, dies sei jedenfalls sein Eindruck. Insofern könnten die bisherigen Vorgehensweisen nicht beispielhaft sein und es sei schon denkbar, daß über den Weg der Arbeitsgemeinschaft ein besserer und geordneter Prozeß stattfinde. Dazu käme, daß das Recht auf Bildung von Arbeitsgemeinschaften bei der PDS in der Satzung verankert sei.

Seitens des BWK wurde darauf hingewiesen, daß die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft als e.V. auch die Finanzbeziehungen durchsichtiger und besser rechenschaftspflichtig mache. Eine AG als e.V. hätte auch den Vorteil, daß ein langsamer und geordneter Prozeß möglich wäre und immer klare Strukturen bestünden.

Hierauf wurde geantwortet, daß die PDS kein Dachverband sei und auch ein solcher nicht werden wolle. Ob der BWK die PDS in diese Richtung umwandeln wolle?

Die BWK-Vertreterinnen und Vertreter erklärten, daß ein Dachverband auch nicht ihre Vorstellung sei. Die Entwicklung der PDS zu einer Dachorganisation ist nicht erforderlich, weil Programm und Satzung der PDS einen linken Pluralismus in einer Partei verbrieft erlauben. In einer Dachorganisation fallen z.B. die Entscheidungen durch Abstimmung zwischen Organisationen, besteht die Organisation wesentlich aus einem gleichberechtigten Nebeneinander von diversen Organisationen. Dem ziehen wir eine Partei mit starken Interessengruppen und Arbeitsgemeinschaften vor, in der die Entscheidungen der Mitgliederbasis und ihren gewählten Vertretern vorbehalten bleiben. IGs und AGs dienen aus unserer Sicht der Entscheidungsvorbereitung. Dies ist demokratischer und läßt mehr Mitwirkung von allen Mitgliedern zu als eine Dachorganisation. Außerdem ist eine solche Organisationsform auch interessanter, weil sie ermöglicht, daß sich konkrete Interessen artikulieren können und sich z.B. programmatiche Fragen in einem weiteren Zusammenhang leichter erarbeiten und formulieren lassen. Eine Dachorganisation ist in ihrer Arbeit auf ein Zusammenwirken vor allem auf Vorstandsebene angewiesen.

Die PDS-Vertreter fragten, ob wir für eine solche Arbeitsgemeinschaft beson-

dere Rechte, z.B. Delegiertenvertreter u.ä., anstreben?

Dies hielten die BWK-Vertreter nicht für angebracht. Bei IGs und AGs, bei denen es um sachliche Interessen ginge, sei dies richtig. Wenn der BWK eigene Delegierte hätte, müßten vielleicht noch andere Westlinke Delegierte erhalten. BWK-Mitglieder werden sich auf der Landesebene an Delegiertenwahlen wie alle anderen Mitglieder beteiligen.

Wichtig sei für den BWK, daß sich die BWK-Bundesdelegiertenkonferenz halbjährlich weiterhin treffen könne. Dem wurde seitens der PDS-Vertreter nicht widersprochen.

Es gab eine kurze Diskussion über Satzungsfragen. Hier war man sich aber einig, daß die Verhandlungen in Hamburg eine Klärung bringen würden.

Parlamentswahlen

Der PDS-Parteivorstand führt mit verschiedenen Organisationen bezüglich der Wahlen Gespräche und interessierte sich deshalb auch für die Meinung des BWK, insbesondere über das Strategiepapier.

Die Form einer Gerechtigkeitspartei o.ä. ist für den BWK nicht vorstellbar und auch nicht nachvollziehbar. Nachdem erklärte wurde, daß diese Form der Kandidatur immer unwahrscheinlicher würde, gab es eine inhaltliche Diskussion über die Form einer „Offenen Liste PDS“. Hier wurde seitens der Vertreterin und Vertreter des BWK einge-

wandt, daß das Strategiepapier unkonkret sei. Die Bundestagsfraktion der PDS liefert nach Meinung des BWK doch zahlreiche Anhaltspunkte für den Wahlkampf, weil sie sich auf den Widerstand bezieht und gerechte Anliegen unterstützt. Zum Beispiel sind die Kampagne für eine Grundsicherung oder Überlegungen zu einem Antidiskriminierungsgesetz wichtige politische Anliegen von Bewegungen.

Seitens des BWK wurden folgende Überlegungen vorgetragen:

— Die PDS kann in der bundesweiten linken Öffentlichkeit Anerkennung finden, wenn es gelingt, einen Beitrag im Kampf gegen die Formierung der Faschisten im Osten zu leisten. Die Kommunalwahlen in Brandenburg sind eine gute Möglichkeit. Deutlich schlechtere Wahlergebnisse der Faschisten im Osten als im Westen könnten für die Linke im Westen eine ermutigende Signalwirkung haben.

— Denn danach finden die Europawahlen statt. Hier wollen die Faschisten ein gutes Ergebnis, um dann auch in den Bundestag einzuziehen. Eine bundesweite Kampagne der PDS in Kritik an faschistischen Positionen wäre wichtig. Bei den Europawahlen kann die PDS am ehesten mit „Sympathiestimmen“ rechnen. Das Ergebnis der Europawahlen wird auch große Bedeutung haben für die Aussichten einer Klage gegen die 5%-Klausel.

— Die Klage gegen die 5%-Klausel sollte frühzeitig ausformuliert werden,

und sie sollte politisch verständlich begründet werden. Es geht darum, daß mit der Ausdehnung des Wahlgebiets der BRD auf die DDR die Repräsentanz in Parlamenten vermindert wird, wenn die 5%-Klausel bundesweit weiter gilt. Starke Minderheiten würden nicht mehr im Parlament vertreten sein. Wenn z.B. das Erreichen der 5% nur in drei Ländern notwendig wäre, würde dies schon ausreichen, daß die PDS in den Bundestag kommen kann.

— Die PDS sollte sich bei der Kandidatur auf den Widerstand beziehen und auch den Kandidaten aus diesem Bereich eine Chance für eine Kandidatur eröffnen.

Ein Art *Urwahlverfahren* bei der Auswahl der Kandidaten sei deshalb sehr wichtig. Diesmal müsse geregelt werden, wie die Kandidaten der Offenen Liste der PDS aufgestellt werden.

*
Die Beratung mit der PDS war nützlich, weil einige inhaltliche Argumente das gegenseitige Verständnis und politische Überprüfbarkeit leichter machen.

Berichterstattung: (jöd)

(I) Dokumentiert in: Ergebnisse und Materialien der 13. ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK, 1/93, zu beziehen über: GNN-Verlag, Postfach 260226, 5000 Köln 1. 4,50 DM

Basisnah, basisverbreiternd und mobilisierend

Beitrag aus dem BWK zur Wahldiskussion in der PDS/LL Baden-Württemberg

Der folgende Beitrag wurde von Alfred Küstler zur Diskussion für die Landesmitgliederversammlung der PDS/LL Baden-Württemberg verfaßt und ist im *Landes-Info* der PDS vom Mai 1993 veröffentlicht.

1. Wie kommt die PDS/LL zu den Aussagen, mit denen sie die bevorstehenden Wahlkämpfe erfolgreich führen kann? Dazu reicht es nicht, in der Partei die politische Situation zu analysieren und die Erfahrungen der bisherigen Bundestagsarbeit auszuwerten. Dazu muß unbedingt kommen, daß die Anforderungen zusammengetragen werden, die die vielfältigen sozialen Bewegungen des Widerstands an eine künftige parlamentarische Arbeit stellen, d.h. Wünsche, wie die PDS auf die Gesetzgebung und Kontrolle der Exekutive einwirken soll. Daraus ergibt sich, daß ein Wahlprogramm nicht nur von „oben“ kommen kann, sondern sich ebenso auf die Ideen und Erfahrungen von „unten“ stützen muß.

Daher war es richtig, daß der Landesvorstand der PDS/LL Baden-Württemberg die Initiative zu einer Konferenz „Linke Opposition“ ergriffen und die Diskussion mit den Kräften eingeleitet hat, die in den örtlichen Bewegungen im Land tätig sind. Die PDS/LL sollte diese Diskussion auch unbedingt forsetzen und verstärken.

2. Bei der letzten Konferenz „Linke Opposition“ zeigte sich aber das Problem, daß die Diskussion um Inhalte stark belastet ist durch die Unklarheit, wie die PDS zu Kandidaten für die Wahlen kommen will. Die Konferenz „Linke Opposition“ vom 28. 3. wendet sich daher ausdrücklich an die Landesmitgliederversammlung der PDS/LL: sie möge eine auch für Nichtmitglieder offene Liste der PDS ermöglichen und klarstellen, wie diese zustande kommen soll. Bisher ist dies unklar, und das droht demobilisierend zu wirken. Denn wenn die Kandidaten durch Absprachen im Hintergrund und für die interessierte Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar bestimmt

werden sollten, würde das Leute abstoßen, die eigentlich den Wahlkampf der PDS/LL unterstützen wollen.

Die Aufstellung von Kandidaten für Parlamente ist wahrscheinlich deshalb ein Problem, weil es üblicherweise der erste Schritt ist bei der „Übertragung von Macht“ weg vom Bürger, hin zum Kanzler.

Im Gegensatz dazu sollte die Aufstellung von PDS-Kandidaten zur möglichst dauerhaften, festen Verbindung zwischen Abgeordneten und Wählern führen. Das Verfahren sollte auch eine Brücke zwischen dem freundlich gesinnten Teil der Öffentlichkeit — der Wählerschaft — und den Parteimitgliedern schlagen. Und es sollte den Wettbewerb von Personen um Listenplätze und Aufstellung in Wahlkreisen ermöglichen und aushalten.

3. Wie könnte ein basisnahes und mobilisierendes Verfahren der Kandidatenaufstellung aussehen?

Im PDS-Programm wird formuliert, daß sich die PDS davon leiten läßt, „daß Veränderungen in der Gesellschaft nur bewirkt werden können, wenn die Betroffenen ihre Angelegenheit selbst in die Hand nehmen“ — dem gilt es gerecht zu werden. Dazu könnte folgendes Verfahren dienen:

a) Auf die Landesliste kann, wer sich zunächst als Wahlkreiskandidat beworben hat. Die Bewerbung um einen Wahlkreis erfolgt durch Unterschriftensammlung. Das Unterschriften dokument enthält die wichtigsten Wahlausagen der PDS sowie den Namen der Bewerberin oder des Bewerbers. Bewerber und Unterzeichner müssen nicht Mitglied der PDS sein, sie müssen nur die Aussagen des Unterschriften dokumentes unterstützen.

Da wir in Baden-Württemberg bei den vielen Wahlkreisen sicher froh sein müssen, wenn wir wenigstens in den größeren Orten Kandidaten aufstellen können, und da es nicht überall PDS-Basisorganisationen gibt, können (wo nötig) mehrere Wahlkreise zusammengefaßt werden.

b) Die Entscheidung über Wahlkreis-

kandidaten wird auf einer Wahlkreisversammlung getroffen. Zu dieser Versammlung wird schriftlich eingeladen, wer für einen oder mehrere Bewerber unterschrieben hat und im fraglichen Wahlgebiet wohnt. Die Versammlung beschließt über eventuell vorliegende Aussagen zu gewünschten Arbeitsschwerpunkten sowie mit einfacher Mehrheit der Anwesenden über die Bewerbung für Direktmandat. Diese Wahlkreisversammlung bestimmt auch die Vertreter für eine Landeswahlversammlung; deren Anzahl wird nach einem landeseinheitlichen Schlüssel entsprechend dem Ergebnis der PDS im Wahlkreis bei den letzten Wahlen festgelegt.

c) Die Landeswahlversammlung beschließt über die Vorstellungen für die künftige Parlamentsarbeit der PDS und wählt die Landesliste aus den Wahlkreisbewerbern.

4. Bei diesem Verfahren würde in allen Phasen über Inhalte des Wahlkampfs diskutiert, auf die es bei der Mobilisierung ja vor allem ankommt. Darüber hinaus würde die Auseinandersetzung mit der Politik in den Parlamenten auch dort gefördert, wo eine Vertretung durch Abgeordnete nicht erreicht werden kann.

Dieses Verfahren wäre basisnah, weil die Kandidatenaufstellung vom Wahlkreis ausgeht. Es wäre basisverbreiternd, weil die verschiedenen Organisationen und Personen, die bereits jetzt ein Interesse an der Unterstützung der PDS geäußert haben, sich zusammenfinden können, und zwar dort, wo es ja oft schon eine langjährige Praxis der Zusammenarbeit gibt: nämlich am Ort. Dort gibt es — z. T. ja auch in den Gemeinderäten vertreten — schon längst Bündnisse und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kräften, die sich auf den demokratischen Sozialismus beziehen und die auch über den Kreis der Mitglieder der jeweiligen Organisationen hinaus aktive Unterstützung finden. Zusammenarbeit wirkt mobilisierend.

Die drei vorgestellten Bücher bieten jeweils sehr unterschiedliche Ansatzpunkte zur Literatur aus Afrika. Die Autoren sind vertrauenswürdige Zeugen für das, was die Kolonialisierung diesem Kontinent zugefügt hat. Diese Buchauswahl spannt den Bogen von der Schilderung eines tansanischen Autors über das Dorfleben im 18. Jahrhundert, über die Auseinandersetzung einer Schülerin mit den europäischen Einflüssen vor der Befreiung Zimbabwes bis hin zu den Erfahrungen eines Nigerianers hier in Europa. Während *Kitereza* uns ein eindrucksvolles Bild des vorkolonialen Afrika liefert, beschreiben *Dangarembga* und *Oji* die Auswirkungen der kolonialen Zerstörung Afrikas: *Dangarembga* mit Blick auf die Entwicklung ihres Landes und *Oji* schon darüber hinausgehend mit der Perspektive des Afrikaners in Europa. Alle drei können uns nur die Augen öffnen und uns bewußt machen, wie sehr die westliche Aggression der afrikanischen Konzeption von Kultur, Tradition und Entwicklung die Luft zum Atmen genommen hat. Die kulturellen Normen der Kolonialmächte scheinen die afrikanischen zu überrollen. Dennoch kann vielleicht die Sensibilisierung für die afrikanischen Probleme und die Freude, die das Lesen dieser Bücher bereitet, unsere europäische Sichtweise etwas relativieren und uns damit nicht nur Afrika, sondern auch Europa auf neue Weise sehen lassen, eine „Lektüre“ Europas aus der Ferne, die Abstufungen zuläßt, ein Abwägen und vielleicht ein gerechteres Urteil.

Die Kinder der Regenmacher

Der Roman „Die Kinder der Regenmacher“ von Aniceti Kitereza führt uns in das vorkoloniale Afrika, am Ende des 18. Jahrhunderts. Dort leben auf der Insel Ukerewe im Viktoriasee, im heutigen Tansania, die Eheleute Herr Myombekere und Frau Bugonoka, deren Geschichte hier erzählt wird.

Die literarische und kulturdokumentarische Einmaligkeit dieses Romans liegt darin, daß er nicht in einer der Kolonialsprachen verfaßt wurde, die der Autor Kitereza auch beherrschte, sondern zunächst in dem nur wenig verbreiteten Kikerewe und dann in dem von Kitereza selbst

J. G. Möhlig).

Zwei Grundthemen ziehen sich durch die Romanhandlung: die Kleinfamilie und die dörfliche Gemeinschaft als soziale und wirtschaftliche Grundeinheit und das Verhältnis der Geschlechter untereinander.

Frau Bugonoka und Herr Myombekere haben ein großes Problem: Ihre Ehe ist kinderlos. Die Anfeindungen durch Myombekeres Verwandte, die daraus entstehen, führen dazu, daß die Eltern Bugonokas ihre Tochter zu sich zurücknehmen. Da jedoch Myombekere seine Frau liebt, will er sie wieder zurückholen. Er unternimmt zwei anstrengende Reisen zu seinen Schwiegereltern, bittet um Verzeihung und soll schließlich seine Frau für sechs Krüge Bananenbier als Buße wiederbekommen. Mit tatkräftiger Unterstützung durch die Nachbarn wird das Bier gebräut und überbracht.

Alle Episoden werden in epischer Breite, die den Lebensrhythmus der Menschen widerspiegelt, und mit viel Humor geschildert. Die sehr realistische Darstellung gibt einen ausgezeichneten Einblick in die Lebensweise im traditionellen Afrika und die Mentalität der Menschen, die unendlich weit von der unseren entfernt erscheinen.

Der Versuch, Bugonokas Unfruchtbarkeit mit Hilfe eines traditionellen Heilers zu überwinden, hat schließlich Erfolg, und Bugonoka wird schwanger. Bei der Schwangerschaft, die wir nun Monat für Monat miterleben, treten viele Probleme auf, die die Eheleute wieder in Angst und Unsicherheit versetzen. Aber ihre gegenseitige Liebe und die Solidarität der Dorfgemeinschaft lassen sie diese überwinden. Den Abschluß des ersten Romanteils bildet die Geburt des Sohnes Ntulanalwo.

Im Mittelpunkt des zweiten Teils „Der Schlängentöter“, der in den nächsten Wochen erscheint, steht das Leben dieses Sohnes und der Tochter, die als zweites Kind geboren wird. Der Lebenskreis, der mit der Ehe der Eltern begonnen hatte, schließt sich hier. Die Kinder werden erwachsen und gründen ihrerseits Familien.



ROMAN

Afrika erzählt: Literatur gegen Rassismus

Das Schlußwort Kiterezas, das der Übersetzer als Schlüssel zum Verständnis des ganzen Romans auffaßt, soll auch hier den Abschluß bilden:

„Die Paläste dieser Welt sind nur eine Schlafstelle und kein Ort, wo die Menschen auf ewig leben könnten. Wir wollen darum so sein, wie es die Namen unserer Mitmenschen in diesem Roman andeuten. Nun, fragt mich nur: welche Namen sind dies? Zusammenfassend antworte ich euch darauf: Myombekere, das heißt: Begründe eine Familie! Bugonoka, das heißt: Das Unheil kommt unversehens. Ntulanalwo, das heißt: Ich lebe immer eingedenkt des Todes. Bu-luhwali, das heißt: Wann wird das Leid nur enden? Wenn ihr mich weiter fragt: Welchen Namen sollen wir besonders beherzigen, so antworte ich euch allen darauf: Blitz und Donner, ich will euch das Geheimnis wie folgt lüften: Das Vorhergesagte wird eintreffen. Dafür steht der Sohn Bugonokas. Eine Frau, die verschwiegene ist, wird ebenso gesprochen wie die Gebärerin von wohlgeratenen Nachkommen. Dafür steht die Tochter Myombekeres. Beides zusammen bildet die Grundlage aller Gehöfte hier im Kerewe-Land! Mitbrüder und Mitschwestern, was für Menschen trifft man in



dieser großen Welt seit eh und je an? Sagt es mir! Rückständige und ewig Rückwärtsgerichtete! Springt auf, flieht nach vorn, damit ihr nicht in der alten Unwissenheit verharrt! Hiermit lebt wohl! Einem undankbaren Menschen zu dienen, heißt, sich den Rücken vergebens zerbrechen!!! Ende gut, alles gut!“ — (afr)

Aniceti Kitereza: *Die Kinder der Regenmacher*, eine afrikanische Familiensaga. Wuppertal, Hammer-Verlag, 1992. 332 Seiten, 38 DM.

Der Preis der Freiheit

Rhodesien 1968 — Dort beginnt dieser Roman, und jede/r wird damit Vorstellungen des politischen Befreiungskampfes um die Unabhängigkeit von der weißen Herrschaft verbinden. Hier geht es um einen anderen, nicht weniger wichtigen Kampf, den die Autorin in Gestalt der autobiografisch geprägten Hauptfigur lebendig werden läßt.

Die Ich-Erzählerin Tambudzai, ein junges Mädchen aus einem Dorf, kämpft um ihr Recht auf Ausbildung und um ihre Identität in einer Gesellschaft, in der Bildung das Monopol der Weißen ist. Da auch die Inhalte dieser Bildung durch die englischen Imperialisten geprägt sind, bedeutet das Erreichen des Ziels gleichzeitig eine Aufgabe der ursprünglichen Identität. Der „Preis der Freiheit“ ist hoch.

Die Zerrissenheit zwischen den Kulturen erleben wir als Leser/innen unmittelbar und an-

schaulich mit. Auf der einen Seite stehen die Eltern, die Verwandten, das Dorf mit seinen Traditionen und der Fluß — sie verkörpern die traditionelle afrikanische Gesellschaft, Heimat, aber auch Enge und Armut. Den Gegenpol bildet der Onkel mit seiner Familie, der als Leiter einer Missionsschule nach einem mehrjährigen Englandsaufenthalt für Tambudzai derjenige wird, der ihr die ersehnte Bildung ermöglicht, indem er sie aus ihrem Dorf holt und auf die Missionschule gehen läßt.

Hier muß sich Tambudzai eine neue Rolle erkämpfen. Es gelingt ihr in der Freundschaft, aber auch kritischer Distanz zu Nyasha, der Tochter des Onkels, die ihre afrikanischen Wurzeln bei ihrem England-Aufenthalt teilweise verloren hat, sich dadurch isoliert und mit beginnender Magersucht zu kämpfen hat.

Spannend ist auch der parallel

zu Tambudzais Bildungsweg verlaufende Prozeß ihrer Rollenfindung als Frau. Einfühlend beschreibt die Autorin, wie sich Tambudzai von einem eher naiven, unterwürfigen, armen Dorfmädchen, das die englische Schulbildung als Erfüllung seiner Wünsche ansieht, in eine junge, engagierte und selbstbewußte Frau verwandelt, die sich einen eigenen Platz in ihrer gespaltenen Gesellschaft schafft. Am Ende des Buches deutet sie an, daß sie es gelernt hat, sich die englische Bildung anzueignen, ohne ihre afrikanischen Wurzeln zu verlieren.

Für das heutige Zimbabwe ist es sicher wichtig, Frauen wie Tambudzai oder Tsitsi Dangarembga zu haben, die als Afrikanerinnen weiter um eine kulturelle Identität gegen die auch jetzt noch bestimmende Vorherrschaft der imperialistischen Bedingungen kämpfen. — (afr)

Tsitsi Dangarembga: *Der Preis der Freiheit*. Reinbek, Rowohlt, 1991. 283 Seiten, 12,80 DM. (rororo: neue Frau 12956)



Erfahrungen eines Afrikaners

Viele hier wissen einiges über die Lage der Ausländer hier — wozu also noch ein Buch darüber, wie es einem Afrikaner in Deutschland geht? Die Biografie des Nigerianers Chima Oji ist beeindruckend: subjektiv, ohne Anspruch auf Vollständigkeit und aus Akademiker-Sicht schildert er seine ganz persönlichen Erfahrungen. Sein Bericht ist nicht anklagend sondern sehr sachlich und versucht, den Ursachen auf den Grund zu gehen. Dabei gehen seine Schilderungen durchaus unter die Haut; man kann sehr gut nachfühlen, wie es ihm ergeht und dadurch mehr Verständnis für die Lage der Ausländer hier, besonders der Schwarzen, entwickeln.

Oji beschreibt anschaulich seine Kindheit in Südostnigeria (Biafra), wo — sehr ähnlich wie in Zimbabwe — die europäischen Kolonialisten den afrikanischen Kindern ihre Überlegenheit einzutrichtern versuchten. Seine Reaktion ist Widerstand: er gründet ein Schüler-Komitee und bekommt mehrere Schulverweise. Nur durch besonders gute Leistungen in einer schulexternen Prüfung und ein Stipendium kann er einen Abschluß machen.

1967, er ist gerade zwanzig, nutzt er einen von Studenten organisierten Ferienaufenthalt in England, um zum Studium in Europa zu bleiben und geht über London nach Deutschland, nach Münster. Der Anfang ist desillusionierend: Sorgen um die Familie im Biafra-Krieg, kein Geld, kaum Kenntnisse der Sprache und der Lebensgewohnheiten hier. Er erfährt erste Diskriminierungen als Schwarzer auf der Straße und in Diskotheken und durch die Wohnbedingungen im

katholischen Studentenheim. Er muß mit Notgängen finanzielle Hilfe von der Kirche erbetteln, deren Heuchelei und Doppelmorale er schonungslos enthüllt. Er besteht auf seinem Recht auf ein eigenständiges gleichberechtigtes Leben, was zu Angriffen von denen führt, die ihn als demütigen Almosenempfänger sehen möchten.

Ein Jahr später beginnt er sein Studium, zunächst Chemie, später Medizin, nach dessen Abschluß Zahnmedizin, um Facharzt für Zahn-, Mund- und Gesichtschirurgie zu werden. Insgesamt dauert das sechzehn Jahre! Ständige Diskriminierungen, Benachteiligungen, Schikanen, besonders strenge Kontrollen seiner Prüfungsarbeiten führen zu vielen Verzögerungen; selbst mehrfache Studienortswechsel bessern seine Lage nicht. Es erfordert eine kaum vorstellbare Hartnäckigkeit und Widerstandskraft, dieses Studium durchzustehen; die nervenzehrenden Belastungen machen ihn körperlich krank. Nicht die Patienten, sondern die Studienkollegen, Ärzte und Professoren bombardeieren ihn überall und ständig mit rassistischen Übergriffen, schlechteren Beurteilungen, besonderen Auflagen und Diffamierungen.

Die Ursache wird durch seine Schilderungen deutlich: Die erbarmungslose Konkurrenz an der Hochschule läßt den Chauvinismus solche Ausmaße annehmen. So sagt ein Oberarzt nach der Prüfung zu einem deutschen Studienkollegen: „Sie sind Deutscher! Wieso können Sie nicht, was der kann? ... Sie sollten sich schämen, daß ein Ausländer mehr weiß als Sie!“

Oji vermutet, „daß der Unmut darüber, daß ein Schwarzer den Weg zu einer in Deutschland hochprivilegierten medizinischen Fachrichtung eingeschlagen hatte und beruflich einmal über ihnen stehen würde, ihre Boshaftigkeit provozierte.“

Oji stellt fest, daß rassistisches Gedankengut überall in Europa verbreitet ist, und gibt als gesellschaftliche Ursache die Medien an, z.B. Werbung („Sarotti-mohr“), Kinder- und Jugendliteratur, Schulbücher. Dadurch bilden sich Vorurteile in sehr frühen Lebensaltern, die später unbewußt gegen Ausländer und andere Minderheiten gebraucht werden, um das eigene Selbstbewußtsein zu stärken.

Sein Anliegen, zur Aufklärung der Menschen hier über den alltäglichen Rassismus beizutragen, ist aber nur die eine Seite des Buches. Gleichzeitig möchte er den Afrikanern in Afrika ein echteres Bild von Europa und Deutschland vermitteln, als die Rückkehrenden tun, die zu Hause mit phantastischen Überreibungen des „wundervollen“ Europas beeindruckt werden. Chima Oji ist inzwischen nach Nigeria zurückgegangen. — (nar)

Chima Oji: *Unter die Deutschen gefallen. Erfahrungen eines Afrikaners*. Wuppertal, Hammer, 1992. 288 S., 24,80 DM

Bilder (3): Hammer-Verlag

übersetzten Suaheli. Die orale Tradition der afrikanischen Literatur wird damit durchbrochen. „Durch die Fülle seiner detaillierten und genauen Beschreibungen kultureller Sachverhalte, die zumeist mit dem romanhaften Handlungsablauf nichts zu tun haben, liefert uns Kitereza das wohl umfanglichste Stück Dokumentarliteratur, das bisher von einem afrikanischen Autor verfaßt wurde“ (aus dem Nachwort des Übersetzers Wilhelm

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

o 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

o im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)

o im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo)

o Halb-/Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

o Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank) Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistani-Komitee Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides

(über: GNN, Postfach 120722, 5800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226 Zülpicher

Str. 7, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2), Christiane

Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Staschel (über: GNN, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Czerninskistr. 5, W-1000 Berlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 5373.

Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 114 43 93 600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM, Ein-

Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,-

DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik

und Wirtschaft: Rüdiger Lötzter; für Auslandsberichterstattung: Alfred Kustler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Heribert Staschel; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit:

Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs-

und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landes-

berichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichten-

verband baden-württembergischer Betriebs- und

Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer

Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG

Stadt- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in

der Volksfront: AGM, des NH Chemische Industrie:

AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungs-

gewerbe: AGD, der AG für reaktionäre Gesund-

heitpolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und

Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für anti-

faschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kom-

munalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrich-